

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

**ROTER
STERN**



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
43. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2009 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

ZUM 20. JAHRESTAG DES “MAUERFALLS”

aus dem Inhalt:

- Erklärung des ZK zum 9.11.1989.....2-6
- Zum Streik der Gebäudereiniger.....7
- Teilerfolg der Opelner Bochum.....8
- Zum Bildungsstreik.....9-10
- Demo Bonn / Bad Godesberg.....11-12
- Korrespondenz aus der Schule.....13
- Aufruf zur LLL-Demon in Berlin...14-15
- Dortmund unter der Knute des
Bundesverfassungsgerichts.....16-19
- Nazi-Aufmarsch in Recklinghausen.....20
- Verdachts-, Bagatellkündigungen....21-22
- Enteignung, Alltag im Kapitalismus..23-25
- Zur Lage der Angestellten.....26-27
- 85. Jahrestag des RFB Magdeburg.....28
- Iran-Demo in Köln.....29
- Der Putsch in Honduras.....30-34

Berlin 1976, Bernauer Straße



Erklärung des ZK der KPD/ML zum 9. November 1989

Die Mauer fiel am 9. November 1989, nach über 28 Jahren ihrer Existenz. Die Vorbereitungen einer von Seiten der DDR-Regierung kontrollierten Öffnung der Mauer reichten zurück bis in den Oktober 1989: Walter Momper, damals Regierender Bürgermeister von West-Berlin, wusste nach eigenen Angaben seit dem 29. Oktober davon aus einem Gespräch mit Ost-Berlins SED-Chef Günter Schabowski und Ost-Berlins Oberbürgermeister Erhard Krack und traf seinerseits entsprechende Vorbereitungen (taz, 28. September 2009)

Am 9. November 2009 soll nach den Willen der Herrschenden in Deutschland gefeiert werden.

Seit Monaten laufen die Vorbereitungen dazu: In der Presse, in Funk und Fernsehen usw. wird dieses Ereignis propagandistisch vorbereitet. Geschichtsfälschungen, Herz-Schmerz-Filme laufen auf allen Kanälen. Primitiver Antikommunismus ist der Grundtenor. Kritische Stimmen werden ausgeblendet.

Nach dem Willen von Angela Merkel soll die neue Bundesregierung aus Union und FDP bis zum Jahrestag des Mauerfalls stehen. "Ich würde gerne die vielen europäischen Staats- und Regierungschefs und die vielen anderen Gäste, die kommen, mit einer neuen Regierung begrüßen," sagte die Bundeskanzlerin.

Die Besonderheit, die die Deutsche Bundesrepublik (die DBR) wie auch die Deutsche Demokratische Republik (die DDR) gemeinsam hatten, war die willkürlich herbeigeführte Teilung Deutschlands in zwei Staaten einer Nation; war die Besetzung durch die Truppen ausländischer imperialistischer Mächte und ihre Bindung an verschiedene, aggressive, militärische Bündnissysteme, die unter der Oberhoheit der US-Imperialisten stehende NATO und den von dem sowjetischen Sozialimperialismus (sozialistisch in Worten - imperialistisch in der Tat) beherrschten Warschauer Vertrag.

Der nationale Verrat der deutschen Monopolbourgeoisie

Schon immer hat die deutsche Monopolbourgeoisie die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten. Um ihre verlorene Macht so schnell wie möglich wieder zu errichten, war sie nach dem II. Weltkrieg zu jedem Zugeständnis an die Westmächte bereit. Da sie sich nicht mehr imstande

sah, ganz Deutschland ihrer kapitalistischen Herrschaft zu unterwerfen, sabotierte sie mit Hilfe des USA-Imperialismus das Potsdamer Abkommen, sprengte sie die Einheit der Nation, löste sie Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarf es den Interessen des amerikanischen Imperialismus.

In ihrem Verrat an den Interessen des deutschen Volkes ging die deutsche Monopolbourgeoisie soweit, in den Pariser Verträgen der Besetzung Westdeutschlands durch Truppen der Westmächte zuzustimmen. Der Anschluß an das imperialistische NATO-Militärbündnis sollte es ihr ermöglichen, unter neuen Bedingungen ihre alte, für das deutsche Volk, für die deutsche Nation so verderbliche Politik der Aggression, des Krieges fortzusetzen. Gleichzeitig diente die Stationierung fremder imperialistischer Truppen auf westdeutschem Boden diesen als Aufmarschgebiet gegen andere Völker, der deutschen Monopolbourgeoisie aber als Schutz, als letzte Rettung für den Fall, daß ihre Herrschaft durch den bewaffneten Aufstand des Volkes, durch die proletarische Revolution gefährdet würde.

Die Arbeiterklasse der früheren SBZ und späteren DDR führte unter der Führung ihrer damals noch revolutionären Partei im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes einen konsequenten Kampf für die Einheit der

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

Eigendruck im Selbstverlag

deutschen Nation. Zahlreich waren die Vorschläge der DDR-Regierung für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Entschieden unterstützte sie den Kampf der westdeutschen und Westberliner Werktätigen für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und gegen das Widererstarken des deutschen Imperialismus.

Gleich nach 1945 wurden in der sowjetisch besetzten Zone die Forderungen des Potsdamer Abkommens erfüllt: Die aktiven Nazis wurden bestraft, die Kriegsverbrecher, die Junker, Konzern- und Monopolherren enteignet, die Schulen und Ämter vom braunen Ungeist gesäubert.

1949 entstand auf deutschem Boden der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat, auf den sich zum Zeitpunkt seiner Gründung die hoffnungsvollen Blicke des westdeutschen und internationalen Proletariats richteten. Der Weg in Richtung Sozialismus konnte in der DDR keineswegs friedlich beschritten werden. Er erfolgte im harten Klassenkampf gestützt auf die bewaffneten Streitkräfte der Arbeiterklasse und der Roten Armee. Voller Elan gingen die Werktätigen der DDR an den Aufbau ihrer sozialistischen Heimat.

Im Jahre 1954 erhielt die DDR im Staatsvertrag mit der Sowjetunion ihre Souveränität. Kaum aber hatte die revisionistische Chruschtschow-Clique in Moskau die Macht an sich gerissen, kaum hatte sie ihren Kuhhandel mit dem USA-Imperialismus zwecks Aufteilung der Welt in Interessensphären begonnen, schränkte sie die Souveränität der DDR ein und befahl über ihre Handlanger in der SED und KPD die Einstellung des Kampfes gegen den USA-Imperialismus in der Bundesrepublik.

DDR: Verrat am Sozialismus und der Nation

Ende der fünfziger Jahre schritt die schon vorher begonnene revisionistische Entartung in der DDR weiter voran. Statt Festigung des Sozialismus Ökonomismus, statt ideologischer Revolutionierung der Massen Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens, statt Fortführung des Kampfes um die Einheit der Nation betteln bei der westdeutschen Monopolbourgeoisie um staatliche Anerkennung.

Die DDR-Regierung erwies sich als treuer Lakai ihrer Herren in Moskau. Stillschweigend nahm sie es hin, als die Breschnew-Revisionisten im Kreml beim Abschluß ihres Moskauer Vertrages mit dem westdeutschen Imperialismus die Forderung auf

völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bonner Regierung unter den Tisch fallen ließen und sich beim Abschluß des (Viermächteabkommens über Berlin 1971) kolonialherrlich anmaßten, über die Souveränitätsrechte der DDR zu bestimmen.

Verrat an der DDR

Nicht erst Gorbatschow war es, der mit der Existenz der DDR spielte, sie als Schachfigur behandelte. Bereits die Chruschtschowianer verrieten die DDR: In seinem politischen Tagebuch (Die Supermächte, Tirana, 1986) schrieb Genosse Enver Hoxha über die DDR u.a.:

“11. August 1967

All diese Verräter (die Revisionisten) schwören Stein und Bein, sie würden die Deutsche Demokratische Republik verteidigen, doch in Wahrheit bereiten sie ihr das Grab. Das Demokratische Deutschland seinerseits bleibt hinter den anderen revisionistischen Ländern auch nicht zurück; seine ökonomischen Verbindungen mit Bonn hat es breit entwickelt. Diese werden eines Tages auch zu politischen Bindungen führen, auch zur Vereinigung der beiden Deutschland auf kapitalistischen Weg.” (S. 230/231)

“6. Januar 1968: ... Bonns Politik gegenüber dem Osten: Das oberste Ziel Bonns ist es, die Deutsche Demokratische Republik zu schlucken, daß heißt die Vereinigung Deutschlands unter uneingeschränkter Herrschaft Bonns. Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet intensiv in dieser Richtung, ihr Ziel hat sie aber noch nicht erreicht. ..”

Mit Ausnahme von Albanien verraten jetzt alle die Deutsche Demokratische Republik. Sie wird allmählich isoliert und verkommt zu einer Schachfigur in der sowjetrevisionistischen Politik des Verrats.”

Westdeutschland

Die westdeutschen Imperialisten sprachen zwar von der Nation und der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands, die sie unter ihrer Herrschaft auf die eine oder andere Art zu erreichen trachteten. Entweder im Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten, der Erpressung, wenn sich diese in verstärkten inneren und äußeren Schwierigkeiten befänden, oder auch militärisch mit dem USA-Imperialismus im Rücken in Ausnutzung einer entsprechenden Situation in der DDR. Deshalb hielten sie auch an ihrem Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland fest. Deshalb weigerten sie sich auch, die DDR voll

völkerrechtlich anzuerkennen.

Wenn die Westdeutschen Imperialisten von Wiedervereinigung sprachen, meinten sie nur die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs auf die DDR, meinten sie die Zurückgewinnung ihrer verloren gegangenen Güter, Fabriken und Banken.

Die KPD/ML, die 1968 gegründet wurde, wandte sich entschieden gegen diese konterrevolutionäre, den Interessen der Supermächte dienende Politik der modernen Revisionisten. So wenig wie ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, so wenig würden die imperialistischen Großmächte ihr Streben nach Hegemonie aufgeben, würden sie zu einer echten internationalen Entspannung und Abrüstung bereit sein.

Die KPD/ML trat für die volle diplomatische und politische Anerkennung der DDR ein. Mit dieser Anerkennung könnte einer rasche Einverleibung der DDR durch den Westdeutschen Imperialismus ein Riegel vorgeschoben werden.

Das deutsche Volk wünschte die nationale Einheit. Das deutsche Volk wünschte ein vereintes und friedliches Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können.

Die Bourgeoisie kann die Nation nicht mehr führen

Die Bourgeoisie im imperialistischen Stadium des Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, der Nation ein wirtschaftliches Aufblühen zu sichern. Der Imperialismus ist parasitärer, verfaulender Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, die Produktivkräfte voll zu entfalten. Das heißt, daß sich die Produktivkräfte der Nation nicht mehr so entfalten, wie es möglich wäre, wenn sie sich frei entwickeln könnten. Die Bourgeoisie ist immer weniger in der Lage, die Arbeiterklasse voll zu beschäftigen, immer mehr treten neue Perioden der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf. Sie ist nicht mehr in der Lage, einen langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen, ständig verschlechtert sich die Lage der Werktätigen infolge von Teuerung und Inflation, durch Arbeitshetze und gesteigerte Ausbeutung in den Betrieben. Ständig wachsen die Ausgaben für den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie wie Heer, Polizei, Justiz und Geheimdienst.

Längst sind die Illusionen verflogen, die davon ausgingen, der Beitritt löse die vielen Probleme, die es in der DDR gab. Einst war die DDR ange-

treten, eine Alternative zu sein zur kapitalistischen BRD. Spätestens seit dem Bau der Mauer war damit aber Schluss. Revisionisten hatten das Sagen in der SED. Diese Leute wollten auf ewig herrschen, das Volk aber endmündigen. Diese SED-Bonzen führten das Land letztendlich in die Arme des BRD-Imperialismus. Ihr Verrat am Sozialismus wurde gekrönt mit der Behauptung, die DDR sei eine eigene Nation - wohlgemerkt: nicht eigener Staat, sondern eigene Nation!

Die Revision all dessen, was die SED Anfang der 50er einst als Ziel hatte - ein vereintes sozialistisches Deutschland - führte dazu, Konfusion und Verwirrung über die Aufgaben und Ziele einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft auf die Spitze zu treiben. Parallel dazu wurde der Überwachungsapparat (Stasi) ausgebaut.

Die Regimes Chruschtschows und Breschnews bzw. Ulbrichts und Honeckers bezeichnen wir als revisionistisch. Als Revisionismus wird eine ideologische Strömung bezeichnet, die den Marxismus unter dem Vorwand, ihn zu überprüfen, revidiert und seines revolutionären Inhalts beraubt. Wobei sich die Revisionisten in Worten aber noch auf den Marxismus berufen. Als Revisionismus wird dann aber auch die Gesellschaftsordnung bezeichnet, in der die Revisionisten die Macht ausüben.

Das waren Gesellschaften, die noch nicht vollständig kapitalistisch waren, aber zwangsläufig zum entwickelten Kapitalismus führen mussten.

Nebenbei bemerkt: Die Auffassung, dass diese Länder alles andere als sozialistisch waren, ist keineswegs neu. Die wirklich marxistisch-leninistischen Kräfte in der ganzen Welt vertraten diese Auffassung schon seit den sechziger Jahren, auch wenn die Öffentliche Meinung, die nur die Oberfläche der Dinge betrachtet, dies nicht zur Kenntnis nahm und nimmt. In der DDR existierte seit 1975 eine illegale Sektion der KPD, die das Honecker-Regime als Ausbeuterordnung angriff, bis sie schließlich vom Stasi zerschlagen wurde. (Nachzulesen im Buch: (Die unbekanntete Opposition in der DDR, Bestellung über: kontakt@kpd-ml.org)

Der Kommunismus kann nur über den Sozialismus erreicht werden. Doch ist der Sozialismus nach zwei Seiten hin offen: Sowohl nach vorne (zum Kommunismus) als auch zurück (zum Kapitalismus). In welche Richtung sich eine konkrete sozialistische Gesellschaft bewegt, das hängt von den darin handelnden Menschen ab.

Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft: "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage ENTWICKELT hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft HERVORGEHT; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." (Lenin, Staat und Revolution)

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ist eine Tragödie für die internationale Arbeiterbewegung, ein großer Rückschlag innerhalb der Zickzack-Bewegung der Weltgeschichte. Doch dieser Rückschlag kann für die Zukunft fruchtbringend genutzt werden, wenn es gelingt, aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen die objektiven Bewegungsgesetze des Sozialismus besser zu erforschen, um derartige Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden.

Der Prozess des Übergangs des Sozialismus zu der Gesellschaft, die wir als Revisionismus bezeichnen, war keineswegs in erster Linie das Ergebnis von subjektivem Verrat einzelner kommunistischer Führer. Gewiss, es gab diesen Verrat: Chruschtschow, Ulbricht, Honecker und andere waren Verräter an der Arbeiterklasse. Doch diese Feststellung allein erklärt nichts. Warum konnten sie sich denn durchsetzen und den Sozialismus beseitigen? Warum wurden solche Charaktere überhaupt hervorgebracht? Leute wie Chruschtschow und Breschnew waren ja "Produkte" der sozialistischen Gesellschaft! Und außerdem: auch früher hat es Verräter gegeben - warum zum Beispiel konnten sich Verräter wie Trotzki nicht durchsetzen?

Wir müssen die objektiven Bewegungsgesetze der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus untersuchen: Das ist im Übrigen völlig unvereinbar mit jeglichem Basteln an irgendwelchen Sozialismus-Modellen (echter, wahrer, realer Sozialismus usw.) an schönen Utopien, an die man dann glauben kann wie an eine Religion. Derartige Phantastereien sind dem von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus zutiefst fremd. Marx lehnte es entschieden ab, Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verschreiben. (Marx, Das Kapital, Band 1).

Wir haben kein Patentrezept gefunden, welchen Weg eine sozialistische Gesellschaft nimmt, dieser wird durch den Klassenkampf entschieden. Erst im

Kommunismus werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. (Engels, Anti-Dühring, S. 264)

Der Sozialismus ist die erste Phase des Kommunismus, in der der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus noch nicht entschieden ist, in der die Entwicklung zu beidem möglich ist. Der Revisionismus ist eine Ordnung, die gesetzmäßig in den Kapitalismus hinüberwächst. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die erneute Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat, doch sind die subjektiven Bedingungen für die proletarische Revolution schlechter als im Kapitalismus: Da der Revisionismus nicht auf dem Wege einer bewaffneten Konterrevolution gesiegt hat, sondern auf dem Wege der allmählichen Entartung des Sozialismus, werden seine Fäulnis- und Zersetzungserscheinungen von der Masse der Werktätigen irrtümlich als Fäulnis und Zersetzungserscheinungen des Sozialismus aufgefasst, wozu die Propaganda der Bourgeoisie natürlich das Ihrige beiträgt. Vielen erscheint daher der Kapitalismus als Fortschritt. Dieser Übergang zum klassischen Kapitalismus - die so genannte Wende in der DDR - bedeutet aber auch, dass der Arbeiterklasse die Reste einiger sozialer Errungenschaften, die als für die Kapitalisten lästige Hülle des früheren Sozialismus verblieben sind, genommen werden (z.B. Kündigungsschutz, geringere Arbeitslosenziffer, gesellschaftliche Einrichtungen, Mutterschutz, Kinderkrippen etc.).

Um einer Entartung des Sozialismus vorzubeugen, muss darüber Klarheit herrschen, wie es dazu kommen kann. Die Kommunistische Partei muss sich von Anfang an bemühen, die Werktätigen zur Leitung auf allen Ebenen heranziehen, die Staatsaktivität in der Ausrichtung auf die allseitige Förderung und Entfaltung der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder ausrichten.

Die revisionistischen Führer der SED wie Ulbricht, Honecker usw. freilich wollten diesen Weg von Anfang an nicht beschreiten; sie nannten sich Marxisten und bauten selbst einen Staat auf, der ein Schmarotzerauswuchs am Körper der Nation war. Sie konnten sich keine Zukunft vorstellen und wollten keine Zukunft, in der nicht alle gesell-

schaftlichen Entscheidungen in ihren Händen monopolisiert sein sollten. Auf dieser Grundlage war das Verfaulen des Staats- und Gesellschaftssystems in der DDR gesetzmäßig. Im Revisionismus herrscht zum ersten Mal in der Geschichte eine Ausbeuterklasse, die aus der Spitze einer Schicht von Spezialisten für Kopfarbeit hervorgegangen ist. Daher die Besonderheit, sozusagen die intellektuelle Note, im Warenfetischismus dieser Ausbeutergesellschaft.

Honecker rechtfertigte 1979 die enormen Privilegien der neuen Ausbeuterklasse wie folgt: Wer der Gesellschaft durch seine Arbeit mehr gibt und ein höheres Einkommen erhält, soll sich dafür auch etwas kaufen können.

Der Bürokratismus ist eine der gefährlichsten Erscheinungen im Sozialismus und im Revisionismus beherrscht er alle Lebensbereiche. Lenin hatte bereits 1919 erklärt: "Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen, ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird." (LW 29, S. 168)

Die Entstehung einer neuen Ausbeuterklasse im Sozialismus wurzelt unter anderem im Bürokratismus, in der noch bestehenden Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Für die bewußtesten Kräfte, die ihre Rolle als Vortrupp täglich neu erkämpfen müssen, bedeutet es gegen die Bürokratie anzukämpfen. Die Kaderrotation ist ein Mittel der direkten Teilnahme der Kader an und in der Produktion. Ob Minister, Produktionsleiter, Wissenschaftler usw., sie müssen sich der Kontrolle der Massen stellen und vor den Werktätigen Rechenschaft ablegen. Ihre Erziehung bedeutet, dass sie zusammen mit den Werktätigen arbeiten, dass sie schuften und schwitzen wie die Klasse.

Die moralischen Anreize im Prozess des sozialistischen Aufbaus werden immer größeres Gewicht gegenüber den materiellen Anreizen gewinnen. Die Lohnunterschiede werden schrittweise gesenkt. Die Werktätigen sind im Sozialismus verantwortlich, aber nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Eigentümerstellung real auszuüben und von ihrer Vorhutpartei sowie ihrer Staatsmacht dazu befähigt und herangezogen werden. Andernfalls erscheint ihnen das Produktionsergebnis ihres Betriebs, für das sie materiell und moralisch verantwortlich gemacht werden, als eine über ihnen stehende Macht.

"Ein Land, in dem die Werktätigen Angst haben, ihre Meinung offen zu sagen, ist kein sozialisti-

sches Land", so der albanische Kommunist Enver Hoxha. Kritik und Selbstkritik sind im Sozialismus unentbehrlich, um Fehler zu vermeiden, zu korrigieren; aber auch um die Werktätigen in die Lage zu versetzen, die Gesellschaft als die ihre zu begreifen.

Der Beitritt der DDR zur BRD

Die Krise in den Osteuropäischen Ländern erreichte Ende der 80er Jahre ihren Höhepunkt. Der Beitritt der DDR, eingefädelt durch die alten und neuen SED-Bonzen, die sich fortan PDS nannten, gemeinsam mit den sowjetischen Sozialimperialisten, gipfelte in dem Programm Modrows "Deutschland einig Vaterland". Damit war der Weg frei für das, was 1990 DDR-Minister Reichenbach zum Inkrafttreten des Treuhandgesetzes sagte: "... was sich gerade in der DDR abspielt, sei der größte Konkurs der Weltgeschichte."

Am 3. Oktober 1990 kam es zum Beitritt der DDR zur BRD. Vorangegangen war eine Massenbewegung gegen das revisionistische Honeckerregime. Der Sturz wurde von den breiten Massen getragen. Der Wunsch nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Änderung wurde durch diese imperialistische Wiedervereinigung aber in eine reaktionäre Richtung getrieben. Hauptgewinner der Vereinigung sind die westdeutschen Konzerne und Großbanken. Aber auch ein Teil der Ex-SED-Bürokraten gehören zu den Gewinnern.

Heute ist der Osten der BRD das, was in Italien der Mezzo Giorno ist. Ein entindustrialisiertes Land, öde und fad. Es bietet keine Perspektive für die Jugend. Das "Wirtschaftswunder Ost": Es ist eine der großen Lügen, um ein Plattmachen des Landes zu vertuschen.

Dieses neue, vereinte Großdeutschland ist ein imperialistischer Staat, in dem das Finanz- und Monopolkapital herrscht.

Die "Sonderperiode" des deutschen Imperialismus ist vorbei. Die Illusionen einer "sozialen Marktwirtschaft" zerplatzten wie Seifenblasen. Die Koalition der Lohn-, Zeit- und Sozialräuber leistet ihren Teil, damit die Reichen reicher werden und die Armen ärmer. Der "Krieg" im inneren des Landes verläuft parallel zu weltweiten Kriegseinsätzen.

Wir müssen aber an unsere Zukunft denken. Ein neues Deutschland, eine Rote Räterepublik müssen wir schaffen, in dem wir, die Werktätigen, das Sagen haben.

“Wir machen Euren Dreck weg - aber wir sind nicht Euer Dreck!”

Bericht über den Aktionstag der Gebäudereiniger in Dortmund zum Auftakt des Streiks



Völlig verständlich, daß die Vertreter der Beschäftigten sich nicht so verhöhnen ließen... Eine Lohnsenkung unter 8,15 € die Stunde für Langzeitbeschäftigte wird es nach Kündigung der Tarifverträge wohl zumindest vorerst nicht geben; ab dem 1. Oktober 2009 befindet sich der Lohn tariffvertrag des Gebäudereiniger-Handwerks in der sog. “Nachwirkung”, der gekündigte Vertrag gilt grundsätzlich weiter, diese “Nachwirkung”

Im Gebäudereiniger-Handwerk sind derzeit rund 860.000 Menschen in Deutschland beschäftigt.

Am 16. Oktober demonstrierten zum Auftakt des Arbeitskampfes der Gebäudereiniger in Köln und in Dortmund mehr als 1000 Menschen und unterstrichen ihre Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen auch in den Streik zu treten - einzelne Warnstreiks fanden zu dem Zeitpunkt bereits statt.

Vom Westfalenstadion in Dortmund zogen etwa 500 Menschen mit einer Demonstration in die Innenstadt zum Platz vor der Reinoldikirche, wo die Abschlußkundgebung stattfand. Viele Demonstrationsteilnehmer hatten sich “bewaffnet” mit Eimer, Besen und Schrubber. Mit Trillerpfeifen und Papiertrompeten, mit zahlreichen Transparenten machten sie ihre Forderungen deutlich: “Sauberkeit hat ihren Preis! - 8,7 Prozent Lohnerhöhung!” Sie griffen auch die Forderung nach 10 € Mindestlohn in der Stunde auf, meines Wissens als bisher einzige deutsche Gewerkschaft.

Das Wetter war sehr launisch, Sonne wechselte mit Regen und Windböen. Einer der Demonstranten wurde mit seinem Pappschild fast umgeweht. Meine scherzhafte Bemerkung “Der erste Wind bläst Euch gleich um” kommentierte er lachend mit einem selbstbewußten “Ne!”

Der Grundlohn für die Gebäudereiniger lag bisher bei 8.15 € die Stunde. Die IG BAU fordert eine Lohnerhöhung von 8,7 Prozent - die Arbeitgeber bot bisher nur 3 Prozent an. Nach langen, ergebnislosen und entwürdigenden Verhandlungen kündigte die IG BAU im August die Tarifverträge, um neue Verhandlungen zu erreichen. Von den Verhandlungen bis dahin berichtete eine Rednerin auf der Abschlußkundgebung. Einen ihrer “Gesprächspartner” von der Arbeitgeberseite beschrieb sie u. a. so: “Dessen Krawatte war teurer als mein Monatslohn.” Es kam in dieser Phase auch zu Unterbrechungen der Verhandlungen, in denen die Arbeitgeber über eine Verbesserung ihres Angebots nachdenken wollten. Das “verbesserte” Angebot sah dann so aus: 1 Cent mehr die Stunde! “Die Arbeitgeber haben uns nach sechs Verhandlungsrunden noch nicht einmal den Gegenwert eines angebissenen Brötchens angeboten.”

kann nur dadurch aufgehoben werden, daß die/der einzelne Beschäftigte etwas Neues unterschreibt, wovon die IG BAU ausdrücklich warnt. Doch wohin die Lohnreise gehen soll, ist klar: den Arbeitgebern schwebt vor, Neueingestellten nur noch 5,71 € (im Westen) und sogar nur 4,61 € (im Osten) zu zahlen. Gegen diese geplanten Hungerlöhne richtete sich natürlich der Protest. Außerdem wird eine ausreichende betriebliche Altersversorgung für die Beschäftigten gefordert, denn für die müssen die Beschäftigten bisher selbst aufkommen - was sie wegen der niedrigen Löhne aber nicht können.. “Der Monat ist noch nicht zu Ende und das Geld ist weg.” - “Wir fordern, daß wir von unserer Hände Arbeit leben können!”

Zu der Demonstration und Kundgebung hatte die IG BAU alle im Parlament vertretenen Parteien eingeladen. Doch nur die Linkspartei nahm die Einladung an und war am Kundgebungsplatz mit einem Transparent erschienen; dort fanden sich auch eine Gruppe von überwiegend türkischen KollegInnen von DIDF und anderen Organisationen ein. Alle anderen selbsternannten “Volksparteien” zeigten durch ihre Abwesenheit, wie sehr ihnen die Lage der arbeitenden Bevölkerung am Herzen liegt.

Zum Sammelplatz der Demonstration (Signal-Iduna-Park) kamen Genossinnen und Genossen von KPD und KPD/ML mit einem Transparent “Wir zahlen nicht für Eure Krise! - Das Kapital soll die Krise bezahlen! - Die Perspektive ist der Sozialismus!” und verteilten in kleiner Auflage ein kurzes Flugblatt mit den Parolen “Jetzt fordern und erkämpfen: 10 € Gesetzlicher Mindestlohn” “30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!” Diese Solidaritätsbekundung wurde freundlich-kollegial aufgenommen.

Siehe Filmbericht bei youtube.com - Suchleiste: “Dortmund: die ganze Demo, alle Gesichter, alle Plakate”

Solidarität mit dem Streik der Gebäudereiniger!

(Als gemeinsames Flugblatt verteilt von
KPD und KPD/ML
auf der Anti-Hartz-IV-Demo
in Berlin)

Korrespondenz:

Teilerfolg der Opelbelegschaft Bochum

Die Beschäftigten von Opel Bochum waren die einzigen, die sich im Sommer gegen die tarifvertragswidrige Einbehaltung des ihnen zustehenden Urlaubsgeldes zur Wehr setzten und vor das Arbeitsgericht gingen. Sie wurden deswegen zumindest vom Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden Klaus Frantz als "unsolidarisch" bezeichnet. Im Sommer versuchten sie über ihren Anwalt, eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichtes zu erwirken, ihre Sammel-Klage wurde aber aus hämisch-formalen Gründen abgeschmettert. Daraufhin reichte eine ganze Reihe von Kollegen eine Einzelklage auf Auszahlung des Urlaubsgeldes 2009 ein.

Der erste "Gütetermin" sollte nun am 6. Oktober vor dem Arbeitsgericht Bochum stattfinden. Doch oh Wunder: in einem vom 2. Oktober 2009 datierten Schreiben teilte die Werksdirektion am 5. Oktober mit: "Mit der nächsten Entgelt-Abrechnung zum 10. Oktober wird das Urlaubsgeld 2009 für die bisher genommenen Urlaubstage, für die das Urlaubsgeld noch nicht gezahlt wurde, anteilig zur Auszahlung angewiesen..."

Dieses Schreiben erhielt auch das Arbeitsgericht Bochum, die geplanten "Gütetermine" wurden daraufhin im Einverständnis mit dem Rechtsanwalt der Kläger zunächst einmal aufgehoben.

Die Haltung der Bochumer Belegschaft ("Kein Verzicht!") hat sich damit als erfolgreich herausgestellt. Auch die Belegschaften der drei anderen deutschen Opel-Werke (Eisenach, Kaiserslautern, Rüsselsheim) erhalten das Urlaubsgeld - dafür können sie sich bei der "unsolidarischen" Bochumer Belegschaft bedanken, nicht aber bei dem von ihnen gewählten Betriebsrat...

Was lernen wir daraus?

Michael, Recklinghausen

Nachtrag der RS-Redaktion: Das Urlaubsgeld ist inzwischen ausgezahlt. Nach diesem ersten Erfolg wollten die Bochumer Kollegen eigentlich weitergehen, doch das war nicht mehr nötig. Die Auszahlung des Weihantagsgeldes 2009 und der tariflich ausgehandelten, aber bisher einbehaltenen 4,2 Prozent Lohnerrhöhung ist inzwischen ebenfalls zugesagt und größtenteils schon erfolgt. Für uns ist klar, daß die Opelner auch der drei anderen Standorte in Deutschland es dem "mangelnden

Einsicht" und der "Unsolidarität" ihrer Bochumer Kollegen zu verdanken haben, daß sie nun endlich das ihnen zustehende Geld erhalten. Hätten sich die Bochumer den ironisch als "Co-Manager" und "Hütchenspieler" bezeichneten Betriebsratführern und deren Verlangen nach Verzicht gebeugt, wäre das Geld jetzt für alle futsch.

"Wir haben seit 1993 einen Verzicht nach dem anderen erbracht - und das Ergebnis? Die Arbeitsplätze sind dadurch kein bißchen sicherer geworden. Im Gegenteil: es sollen wieder fast 2000 allein in Bochum vernichtet werden und wir sollen schon wieder verzichten."

Von überdurchschnittlich hohem oder gar über tariflichem Lohn ist schon lange nichts mehr übrig. Die meisten Opelner in Bochum kommen gerademal auf etwa 1300 € netto im Monat. "Früher konnte ich mir schon mal etwas gönnen, z.B. eine Kiste guten Weins kaufen - das ist jetzt nicht mehr drin," sagt uns Kollege R., ein oppositioneller Vertrauensmann.

Das ganze langjährige Theater um Opel macht immer mehr Kolleginnen und Kollegen argwöhnisch. Sie sind sicher, daß die mit schöner Regelmäßigkeit fast wöchentlich aufgetischten "neuen Rettungspläne" sie nur ruhig stellen sollen. Es setzt sich auch immer mehr die Auffassung durch, daß das ganze letzte Jahr nur ein einziges Theater von GM war und daß die nie ernsthaft vorhatten, zu verkaufen. "Die wollten nur ausloten: Was lassen sich die Belegschaften an den einzelnen Standorten gefallen? Wobei machen die Betriebsräte mit? Was kann man den Regierungen abluhsen? Welche Knüppel schmeißt uns die EU zwischen die Beine?" - Gedankengänge dieser Art unterstellen immer mehr Opelner GM. Und als Magna und Co all diese Tiefen und Untiefen ausgelotet hatten, wurden sie über Bord geworfen...

Ja, was lernen wir daraus? Daß nur der Weg des konsequenten Widerstandes zum Erfolg führt - als weiteren Beleg dafür nennen wir die spanischen Kollegen. Deren glaubhaft angekündigte Streikdrohung reichte schon aus, um den Erhalt von 800 Arbeitsplätzen zu erwirken...

"Verzicht is' für'n Arsch!" - wie das Motto einer Gruppe oppositioneller Gewerkschaftler und Vertrauensleute heißt.

KPD und KPD/ML verteilten vor der Demonstration in Bonn - Bad Godesberg das folgende Flugblatt an Schulen und Betrieben:

Vom Bildungsstreik zum Generalstreik!

“Streik in der Schule/Uni, Streik in der Fabrik - das ist unsere Antwort auf eure Politik!”

Seit mehr als einem Jahr gibt es in vielen Städten Bildungsstreik-Bündnisse, die jedes halbe Jahr große Streiks und viele kleinere Aktionen organisieren. Und es werden immer mehr Städte, fast wöchentlich kommen neue lokale Bildungsstreikgruppen zu der langen Liste unter www.bildungsstreik2009.de dazu, die mittlerweile 82 lokale Bündniswebsites zählt. Zusätzlich wachsen die Bündnisse in den einzelnen Städten und sind so in der Lage, größere und dauerhaftere Proteste zu organisieren und so immer mehr Druck aufzubauen. Bemerkenswert ist auch die häufige und intensive deutschlandweite Vernetzung der lokalen Gruppen, bei der das Internet eine große Rolle spielt.

Rückblick auf einen wachsenden Protest

Am 12. November 2008 gingen 125 000

Jugendliche in vielen Städten Deutschlands auf die Straße - und gaben damit den Startschuss für die bundesweite Bildungsstreikbewegung. Der Bewegung, die anfangs hauptsächlich aus SchülerInnen bestand, schlossen sich jedoch schnell Studierende und weitere Teile der Jugend an. Durch Beteiligung mit einem “Bildungsstreikblock” an den bundesweiten Demonstrationen am 28.3. unter dem Motto “Wir zahlen nicht für eure Krise - erst recht nicht mit unserer Bildung!” gelang vielerorts der Schulterschluss zu den Gewerkschaften und so auch teilweise zu Azubis. In der Woche vom 15. - 20.6. fand der zweite Bildungsstreik statt - und mit 280 000 Jugendlichen in mindestens 110 Städten und Dörfern beteiligten sich mehr als doppelt so viele Menschen wie beim letzten Streik. In vielen Städten arbeiteten die Bündnisse nun schon mit Gewerkschaften und den streikenden Kita-ErzieherInnen zusammen. Auch beschränkte sich der Protest nicht mehr auf einen zentralen Demonstrationstag, sondern wurde auf eine ganze Woche kreativer Aktionen, Flashmobs, Straßentheater und Protestcamps

mit alternativen Bildungsveranstaltungen ausgeweitet. So konnten sich viele neue Einzelpersonen dem Protest anschließen. Auch bei der Aktion des “Wir zahlen nicht für eure Krise”-Bündnisses am 17.9. beteiligten sich in vielen Städten Bildungsstreikbündnisse. Entgegen der typischen Wahrnehmung in der bürgerlichen Presse ist damit der Bildungsstreik kein rein “akademischer” Protest mehr.



Der Bildungsstreik gewinnt an Stärke und Breite

Der bundesweite Streik war in diesem Herbst für den 17.11. geplant - doch schon ab dem 20.10. wurden in Österreich mehr und mehr Hörsäle und ganze Universitäten besetzt, in Wien rief man die deutschen Kommilitonen per Internet zu Nachahmaktionen auf und schon bald schwappte diese Welle der Besetzungen auch auf Deutschland über. Schon vor dem geplanten großen Streiktag 17.11. waren dann auch in ganz Deutschland bereits über 30 Unis teilweise besetzt, in der Streikwoche steigerte sich diese Zahl auf über 75. In vielen Städten beteiligten sich auch mehr und mehr SchülerInnen, Azubis, Erwerbslose und junge ArbeiterInnen an den Unibesetzungen und machten so gemeinsam deutlich: Wessen Uni? Unsere Uni!

Den meist relativ harmlosen Forderungen der Jugendlichen begegnete der Unterdrückungsapparat vielerorts mit Repression: So wurden einige Besetzungen gewaltsam geräumt. In Essen kamen Elektroschocker gegen Schüler zum Einsatz, die jetzt

wohl auch einige soziale Zusammenhänge klarer sehen. Gegen jede Repression hilft nur eine Verstärkung und Vertiefung des Protests!

Der Protest gegen die "KMK"

Auch der Gehalt der Proteste geht immer mehr über enge Bildungsforderungen hinaus: Waren bei den ersten Streiks Parolen wie "Hoch mit der Bildung - runter mit der Rüstung" oder "Für die Bildung tun sie nix - bei den Banken sind sie fix" eher leise und selten zu hören, gehören diese mittlerweile zum Standard-Parolenzettel in vielen Städten. Diese Entwicklung zeigt sich nun deutlich in der Breite des Bündnisses, das gemeinsam zur Kultusministerkonferenz (KMK) am 10.12. in Bonn mobilisiert: Gewerkschaften, das Erwerbslosenforum und Organisationen wie attac haben sich mit lokalen Bildungsstreikgruppen aus ganz NRW zusammengeschlossen, um gemeinsam eine Demonstration und die Blockade der KMK an diesem Tag zu organisieren. Auch wurden Forderungen, die über die des bisherigen Bildungsstreiks hinausgehen in den sehr guten Forderungskatalog aufgenommen, wie beispielsweise die nach 10 € Mindestlohn, 500 € Hartz-IV-Eckregelsatz und 30-Stunden-Woche (www.kmk-nachtsitzen.de). Damit schließt sich der Bildungsstreik bei dieser Aktion den Forderungen weiter Teile der sozialen Bewegung an.

Gemeinsam greift man uns an...

Im Zuge der aktuellen Weltwirtschaftskrise werden die Angriffe gegen uns alle noch deutlich härter werden. Lohn- und Gehaltskürzungen (seit zehn Jahren haben wir schon ein Fünftel Reallohn verloren!), Stellenabbau, dadurch steigende Arbeitslosigkeit bei jung und alt, Kurz- und Leiharbeit, Sozialabbau durch sinkende Kaufkraft der Renten und womöglich bald "Hartz V", immer mehr kleine Geschäfte, die schließen müssen, und das Abwälzen der Bildungskosten auf die arbeitenden, lernenden und erwerbslosen Menschen durch steigende Studiengebühren, immer mehr eigenfinanzierte Schulbücher, Klassenfahrten, Nachhilfe...

...gemeinsam müssen wir uns wehren!

Arbeiter und Angestellte, Rentner, Erwerbslose, Besitzer kleiner Geschäfte und Jugendliche - die Herrschenden wollen, dass WIR für die Krise bezahlen, die das Kapital verursacht hat! Das wollen und können wir alle nicht hinnehmen! Dagegen können wir uns nur im gemeinsamen Kampf wehren! Wir dürfen uns nicht spalten lassen in jung und alt, in Hauptschüler und Gymnasiast, in Arbei-

ter und Erwerbsloser, denn: Nur gemeinsam sind wir stark! Die derzeitige Entwicklung des Bildungsstreiks und des gemeinsamen Bündnisses gegen die KMK ist daher zu begrüßen. Sie muss unbedingt in diese Richtung weitergeführt werden, wenn wir Erfolg haben wollen.

Als Kommunisten sehen wir unsere Aufgabe derzeit darin, zu verhindern, dass der Bildungsstreik sich als "akademischer Protest" für ein "lockereres Studium" mit mehr Geld für Studierende isoliert. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Bildungsstreik zusammen mit anderen Teilen der Gesellschaft gegen den gemeinsamen Gegner kämpft. Dieser gemeinsame Gegner sind die Leute, die davon profitieren, dass Bildungs- und Sozialsystem kleingehauen werden und ein Arbeiterkind in Deutschland so gut wie nie zur Universität gelangt! Dieser gemeinsame Gegner sind also die Banken und Konzerne und ihr Staat. Da das jetzige System von diesem unserem gemeinsamen Gegner beherrscht wird, ist es unmöglich, alle unsere Forderungen in diesem System zu verwirklichen - denn sie sind den Interessen der Herrschenden entgegengesetzt.

Wir müssen die Perspektive auf ein System richten, welches uns ermöglicht, unsere Forderungen nach einer guten allgemeinen Bildung und praktischer Ausbildung für alle Menschen zu verwirklichen. Dieses System kann nur ein von uns, den heute Ausgebeuteten, bestimmtes und geleitetes System sein. Dieses System ist der Sozialismus, der den Sturz des Kapitals voraussetzt. Dafür muss der bürgerliche Staat von uns Ausgebeuteten zerschlagen und der Staat der Arbeiterklasse aufgebaut werden.

Unser bestes Mittel, um unsere Gegner ins Wanken zu bringen, ist der Streik. Streik bedeutet einen Keil in den Zahnrädern der "Maschine". Und selbstverständlich können wir nur lernen zu kämpfen, wenn wir kämpfen!

Um konsequent für unsere Forderungen zu kämpfen, müssen wir den Kampf der Jugendlichen mit dem Kampf aller Ausgebeuteten zusammenführen. Dafür gilt es hier und heute die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Dafür gilt es, den Bildungsstreik in die Betriebe und den Arbeitskampf in die Schulen und Unis zu tragen! Daran müssen wir unermüdlich und gemeinsam arbeiten!

Aus dem Bildungsstreik müssen wir den Generalstreik machen!

Korrespondenz/Kommentar:

Bildungsstreik-Demo am 10.12.2009 in Bonn - Bad Godesberg

Auf dem Rückweg von der zentralen Demonstration in Bonn/Bad Godesberg im Rahmen des Bildungsstreikaktionen stieg ich in Dortmund in die S-Bahn. Mir gegenüber setzten sich drei junge Mädchen hin, betrachten mein T-Shirt und fragten: "Sind Sie Lehrer?" Da stand nämlich der Spruch "Neue Lehrer braucht das Land" - illustriert mit den Bildern von Marx und Engels.

"Ja," antwortete ich zu ihrem Entsetzen. "Womöglich Mathe?" fragten sie besorgt. Da konnte ich sie aber beruhigen. Es stellte sich heraus, daß zumindest zwei von ihnen die gymnasiale Oberstufe 12 besuchen. Ich fragte dann meinerseits, ob ihnen denn die beiden abgebildeten Personen bekannt seien. "Der linke ist Einstein," vermutete eine der drei. "Nein, ich glaube, Bertold Brecht," sagte eine andere. Ich warf ein, das käme der Sache schon ein bißchen näher. "Heißt der nicht Bernhard Brecht?" fragte die dritte.

Ich erklärte ihnen dann, daß das Karl Marx und Friedrich Engels seien. "Kenn' ich nicht," war die Reaktion. Meinen Kommentar "Dann braucht Ihr wirklich neue Lehrer!" nahmen sie mir nicht übel und verabschiedeten sich später lachend von mir. Das ist keine Einzelerfahrung. Ähnliches widerfuhr mir beim Flugblattverteilen an Schülerinnen und Schüler im Vorfeld der Demo. Einige erkannten Marx und Engels sofort, andere kamen auf den richtigen Verdacht, als sie lasen, von wem das Flugblatt war, aber viele konnten mit den Bildern nichts anfangen, kannten dann aber wenigstens die Namen...

Noch etwas aus dem Vorfeld: einige oppositionell organisierte Opel-Arbeiter aus Bochum hatte ich zwei Tage zuvor getroffen. Beim Abschied bat ich sie darum, uns für den Donnerstag in Bad Godesberg viel Erfolg zu wünschen. Ihr Reaktion: "Haut alles kurz und klein!" Das war natürlich nicht wörtlich gemeint; es zeigt aber die Sympathie und das Verständnis, daß sie für die militanten Aktionen der Studentenschaft bei Audimax- und Institutsbesetzungen haben.

Zurück aus Bad Godesberg schlug ich am nächsten Tag die Lokalzeitung auf: kein Wort von der Demonstration, aber "Studenten am Ziel" las ich

da - als "Ziel" wurde angegeben: "Künftig weniger Prüfungs- und Leistungsstress".

Es war schon merkwürdig, mit welchem "Verständnis" von Regierungsseite aus die Studentenaktionen der letzten Wochen begleitet wurden. Das Schmalspurstudium "Bachelor" sollte offenbar sowieso "nachgebessert" werden, da kann man dann so tun, als käme man den Studierenden ent-



gegen. Die Überschrift in der Zeitung soll dem Leser nun einreden, die Studenten hätten erreicht, wofür sie gekämpft hatten. Also von nun an wieder Ruhe! Was wollt Ihr denn jetzt noch?

Daß es bei den Bildungsstreikaktionen auch noch um ganz andere Dinge geht, die noch keineswegs erkämpft worden sind, wird wohlweisslich verschwiegen. Schon allein für den Bildungssektor gab es zahlreiche weitergehende Forderungen wie

z.B. die nach Abschaffung der Studiengebühren. Doch die Forderungen beschränkten sich nicht allein auf Schul- oder Universitätsinteressen.

Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems wurde gefordert. Die Dreigliedrigkeit läßt sich verkürzt so charakterisieren: Hauptschule für die Arbeiter - die müssen Bedienungsanleitungen für Maschinen, Befehle o.ä. lesen und verstehen können, mehr brauchen sie nicht zu wissen; Realschule für die Angestellten und "mittleres Personal" - die müssen von oben erhaltene Befehle nach unten weitergeben und "erklären" können; Gymnasium und Uni für die zukünftige Führungsschicht - die müssen schon (ein bißchen) denken können... Richtig Denken können brauchen nur die relativ wenigen Leutchen der Elite-Unis... Dazu ein Beispiel: das Gymnasium einer Stadt im Kreis Recklinghausen ist in dieser Stadt die einzige Schule, die kein Paten- oder Partnerschaftsprojekt in der "Dritten Welt" hat - der Direktor dieses Gymnasiums verabschiedete vor einigen Jahren die Abiturienten mit dem Hinweis "Ihr seid die zukünftigen Führungskräfte unseres Landes!" Das paßt: ausgebildet an einer Schule mit dem geringsten sozialen Engagement.

Jetzt geht mir beim Betrachten unserer Politiker die Frage durch den Kopf: Ob die wohl alle an diesem Gymnasium ausgebildet worden sind? Natürlich nicht - von dieser Sorte Schulen gibt es leider noch mehr...

Auf den Zusammenhang von Bildung und Kriminalität wies ein Transparent hin: "Wer eine Schule öffnet, schließt ein Gefängnis" - da sind natürlich an die Schule gewisse qualitative Forderungen gestellt, die ja durch den Bildungstreik artikuliert werden.

Eine weitere Forderung der Bildungs-Streikenden: "Bildung für alle - und zwar umsonst!" Mit der Parole "Rauf mit der Bildung, runter mit der Rü-

stung!" wird der Rahmen der Bildungspolitik verlassen, erst recht mit der humorvoll ausgedrückten, aber ernst gemeinten Forderung "Reiche Eltern für alle!"

Das sind Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse. Deshalb haben wir sie aufgegriffen und unterstützen sie. "Streik an der Uni, Streik in der Fabrik - das ist unsere Antwort auf eure Politik!" ist die richtige Orientierung auf die Verbindung beider Kämpfe. An der Spitze des Demonstrationszuges wurde das Transparent getragen "Weg mit Hartz IV! Her mit 500 - 30 - 10! (Regelsatz/Stundenwoche/Mindestlohn)".

Es ist klar, daß diese und andere Ziele noch längst nicht erreicht sind und daß der Kampf dafür weitergeführt werden muß. Wir sind sicher, daß das auch geschehen wird, und werden - unseren Kräf-



ten entsprechend - in die Kämpfe eingreifen. Sicher sind wir auch, daß von nun an die Hetze der bürgerlichen Medien gegen die Bildungstreikenden einsetzen bzw. verstärkt werden wird - die oben zitierte Zeitungs-Überschrift bereitet das schon vor.



Korrespondenz

...aus dem Bildungsnotstand:

Vor kurzem sollte unserem Politik-Kurs beigebracht werden, dass der natürliche Verlauf der Geschichte im Land Brandenburg nicht gilt.

Frau "SM-statt-S" (Soziale Marktwirtschaft statt Sozialismus) stellte fest, dass der Mittelstand in Brandenburg so stark und unbesiegbar ist, dass sich große Unternehmen niemals die Anstrengung machen werden, irgendwen vom Markt zu verdrängen. Das sei unter anderem auf die ländliche Gegend zurückzuführen, vor allem aber auf die soziale Marktwirtschaft. Hier trage der Staat dafür Sorge, dass alles nach einem Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit abläuft und die Großindustriellen eben nicht jene Unternehmer "auslöschen" können, die ihren Betrieb mühsam aufgebaut haben.

Was nicht gesagt wurde: Das bedeutet einen staatlichen Eingriff in den Markt, was nach den Vorstellungen des Mittelstandes (der eben vorrangig vertreten ist!) nicht zu sein hat.

Abgesehen von diesem Grundwiderspruch erkenne ich hier eine Parallele zu den Sozialistengesetzen Bismarcks, die Revolutionären auf ähnliche Weise den Boden für ihre Agitationen entzogen. Die Arbeiter waren zufrieden - sie brauchten also keine Revolution. Doch die absolutistische Reaktion

brachte es dann wieder zustande, die Wirkung dieses Opiums durch ihren Weltkrieg zu untergraben. Die Soldaten und Arbeiter, die erst jetzt die Elendigkeit ihrer Lage erkannten, ergriffen im November dann die Initiative und beseitigten das alte System... zumindest teilweise, bis sie von selbsternannten Bluthunden wie SPD-Noske daran gehindert wurden...

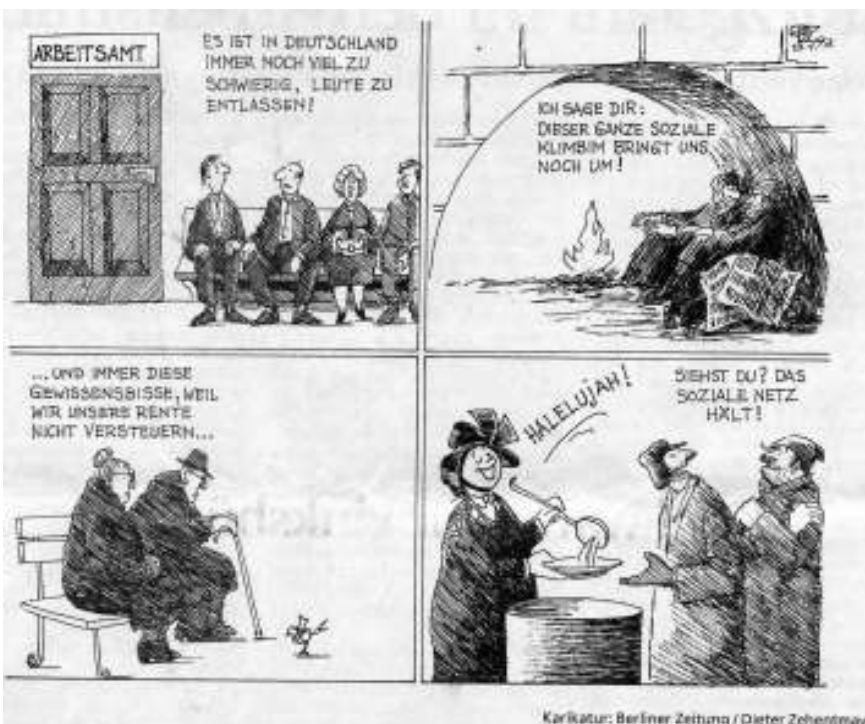
Und so wird es nach Frau SM-statt-S auch der sozialen Marktwirtschaft ergehen, da die Bundesregierung sich nun immer stärker aus Vertretern des Mittelstandes rekrutiert. Es ist zu erwarten, dass der Markt nach liberalen Interessen wieder ein Stück weit "freier" wird - doch wenn der Markt erst wieder richtig "frei" ist und sich die Marktgesetze so richtig frei austoben können, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich durch den Zwang zur Profitmaximierung und die damit verbundenen Überproduktionskrisen wieder eine kleine Schicht von Produktionsmittelbesitzern großen Stils bildet und der Mittelstand verschwindet.

So stehen sich am Ende wieder 2 antagonistische Klassen gegenüber, und die Proleten werden aus ihrer Not heraus die Reste des Klassenfeindes hinwegfegen.

In diesem Sinne: Immer weiter so, FDP!

Tag der Mahnung und Erinnerung

Etwa 2000 Besucher kamen am Sonntag, dem 13. September, zum Tag der Mahnung und Erinnerung in Berlin zusammen. In der DDR hieß dieser Tag noch "Tag der Opfer des Faschismus". Eine Vielzahl von Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und ein Musikprogramm begannen ab 13 Uhr. Zahlreiche Informationsstände - u.a. von der KPD/ML - boten reichlich Informationsmaterial und Möglichkeiten zur Diskussion.



Karikatur: Berliner Zeitung / Dieter Zehentmayr

Aufruf zur Teilnahme an der
Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Kampfdemonstration
 am 10. Januar 2010 um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der
 Sozialisten in Friedrichsfelde

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht lebten und kämpften als revolutionäre Sozialisten unversöhnlich gegenüber der bürgerlichen Ordnung. In ihren Reden und Aufsätzen verstanden sie es, die Brutalität und den Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung zu geißeln, die aller Heuchelei zum Trotz die Massen entrechtet, auspowert und in Kriegen elend umkommen lässt. Ihr Wirken begann zu einer Zeit, als die ursprünglich revolutionäre deutsche Sozialdemokratie zu einer Reform-Partei der Zusammenarbeit mit dem Kapital herunterkam. Die Grundlage der Gesellschaft, das Privateigentum an den Produktionsmitteln unangetastet zu lassen, statt dessen auf dem parlamentarischen Weg schrittweise mittels gesetzlicher Reformen die Übel des Kapitalismus zu kurieren, wurde offizielle SPD-Linie. Luxemburg und Liebknecht wiesen das Illusorische des Reformismus nach. Die Grundtendenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht nicht darin, die Lebenshaltung der Menschen zu verbessern. Der Kapitalismus stellt mit seinen Krisen vielmehr stets erneut alle mühsam erkämpften sozialen Verbesserungen und demokratischen Rechte in Frage, woran keine Reform etwas ändern kann. Der erste Weltkrieg zeigte, was die Predigt des Reformismus über wachsende Harmonie der bürgerlichen Ordnung und die Möglichkeit, Krisen und Kriege künftig zu vermeiden, wert war. Während die SPD die Eroberungspolitik der deutschen Imperialisten unterstützte und endgültig zu einer prokapitalistischen Partei wurde, verweigerte Karl Liebknecht im Reichstag mutig die Kriegskredite. Doch die Kritik der revolutionären Linken musste noch eine andere Seite des Reformismus erfassen.

Ein Kerngedanke des revolutionären Marxismus lautet, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter

selbst sein kann. Soll heißen: Die Überwindung des Kapitalismus ist nicht möglich als das Werk einer wohlmeinenden aufgeklärten Elite. Und zwar vor allem deshalb, weil die lohnabhängig Beschäftigten nur durch die selbständige Organisation, die eigene Tat ihre gesellschaftliche Stellung und die dazugehörige Lohnarbeitermentalität überwinden können. Auch diese Einsicht von Marx, die im gesellschaftlichen Denken etwas Neues darstellte, wurde nun von den SPD-Führern ad acta gelegt. Sie wollten mit den Herrschenden zusammenwachsen, Teil der Politprominenz werden. Folgerichtig traten sie in der Novemberrevolution 1918 für die Einrichtung eines Parlaments ein, mit dem jede selbständige politische Regung der Bevölkerung am leichtesten ausgeschaltet werden kann.

Die Linken um Luxemburg und Liebknecht orientierten auf ein Räte-system, weil dieses Möglichkeiten bot, immer mehr bisherige Zuschauer zu politisch Aktiven zu machen, die sich nicht mehr als Manövriermassen für fremde Interessen eigneten. Kurz nachdem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die KPD begründet und damit den endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen hatten, ließ die Reaktion beide Arbeiterführer feige ermorden. Rosa Luxemburg hat die russische Oktoberrevolution 1917 begeistert begrüßt. In einer kurz danach geschriebenen Kritik an der Politik der Bolschewiki warf sie die Frage auf, wer in Sowjetrußland künftig Herr der Lage, politischer Souverän sein wird: die Arbeiter, die Werktätigen oder die Funktionäre und Leiter der neuen Ordnung.

Wir meinen, dass Luxemburg in der Beurteilung der damaligen Politik der Bolschewiki irrte: Die revolutionären Arbeiter können nur unter Führung ihrer kommunistischen Partei ihre Hegemonie ausüben. Die geschichtliche Erfahrung hat zwar ge-

zeigt, dass die Arbeitermacht zugrunde gerichtet wird, wenn die Führer von Partei und Staat alles tun, um die Konzentration aller Entscheidungsbefugnisse in ihren Händen zu behaupten und zu verstärken, anstatt die maximale Selbsttätigkeit möglichst vieler Gesellschaftsglieder zu stärken und damit auf die klassenlose Gesellschaft hinzuarbeiten. Doch das Tempo, in dem sich der Sozialismus auf die klassenlose Gesellschaft zu bewegen kann, hängt entscheidend auch von den Umständen ab, und die Bolschewiki stießen im rückständigen Rußland diesbezüglich auf sehr schlechte Bedingungen. Hätten die Bolschewiki unter diesen ungünstigen Bedingungen nicht dafür gesorgt, dass alle wichtigen Kompetenzen in den Händen der kommunistischen Partei konzentriert wurden, so wäre es bald zur Niederlage der Revolution gekommen.

Doch trotz ihres Fehlers bei der Beurteilung der damaligen Politik der Bolschewiki ist Luxemburgs Frage aus heutiger Sicht von zentraler Bedeutung. Zeigt doch die Erfahrung, dass gerade nach der Enteignung des Großkapitals und der revolutionären Schaffung eines Arbeiterstaates ein langwieriger Kampf geführt werden muss, um die ererbte Teilung der Gesellschaft in nur Leitende und nur Ausführende, in 'oben' und 'unten' real aufzuheben. Solange diese Aufhebung nicht Tatsache geworden ist, wird es unter den Funktionsträgern der neuen Ordnung die spontane Tendenz geben, erneut ein Herrschaftsverhältnis gegenüber den Arbeitern und allen Werktätigen zu errichten. Wird diese Tendenz in der vormals revolutionären Arbeiterpartei und im Staat bestimmend, verändert die Gesellschaft ihren Charakter. Trug sie vorher die Möglichkeit in sich, die reale gesellschaftliche Gleichstellung der früher Unterdrückten zu erreichen, ist sie nun ihrem Wesen nach eine Herrschaft

der Funktionäre, die ihre Stellung bis zum Ende der Welt aufrechterhalten wollen. Diese Herrschaft beruht dabei weiterhin auf dem Staatseigentum, ist jedoch nur eine Übergangsgesellschaft zurück zum Kapitalismus. Zu eben diesem Stand der Dinge hat die historische Entwicklung im so genannten realen "Sozialismus" geführt, Jahrzehnte bevor ihn sein Zusammenbruch ereilte.

Dem Marx'schen Sozialismus, einer Gesellschaft der fortschreitenden "Emanzipation der arbeitenden Klassen", steht diese Funktionärsherrschaft gemessen an den Beziehungen zwischen Funktionären und Arbeitern, ihrem sozialen Charakter, folglich ihren Entwicklungsmöglichkeiten diametral gegenüber. Es war die Aufgabe der Ideologen der Funktionärsherrschaft, zu vertuschen, dass sich in diesen Gesellschaften erneut Unterdrücker und Unterdrückte gegenüberstanden und dazu obendrein die Revolutionäre Marx und Lenin zu missbrauchen.

In der mit linkem Anspruch geübten Kritik an den real-sozialistischen Verhältnissen war seit je die so genannte Reform "sozialistische" Richtung dominierend. Deren Stichworte: Demokratisierung des Sozialismus, menschlicher Sozialismus, zuletzt Glasnost und Perestroika oder dritter Weg. Hierbei versuchte man auch, sich des Erbes Rosa Luxemburgs zu bedienen. Faktisch trug diese Richtung zur geistigen Demontage der Funktionärsherrschaft bei, die ein Vorspiel ihrer materiellen Demontage war, in deren Ergebnis z.B. in der ehemaligen DDR die ungekrönten Häupter des (westdeutschen Großkapitals das eigentliche Sagenhaben. Bei dem jahrzehntelangen Streit zwischen den so genannten "Orthodoxen", angeblichen Stalinisten, und den "Reformern" handelt es sich stets um eine Auseinandersetzung zwischen Leuten, die sich beiderseits von den "revolutionären Träumern" Marx, Lenin oder Luxemburg, also vom revolutionären Marxismus, verabschiedet hatten. Ob Dubcek und Havemann contra Breschnew und Ulbricht oder 20 Jahre später Gorbatschow und Gysi contra Honecker - man war sich stets insoweit einig,

dass alle marxistischen Vorstellungen über die reale Stärkung der gesellschaftlichen Rolle der Arbeiter und Angestellten einer vergangenen romantischen Periode der Arbeiterbewegung angehören und auf ewig ins Reich der Utopie verbannt werden müssen. Nur wollten die Gralshüter des realen "Sozialismus" immer noch ein Weilchen länger auf dem Thron bleiben, während die Reformer meinten, es sei an der Zeit, zur Natur, sprich: zum Kapitalismus, zurückzukehren. Wiedereinführung der formalen rechtlichen und politischen Gleichheit, kombiniert mit der Wiedereinführung des Privateigentums, dies war stets das wirkliche Programm der Reform "Sozialisten". Dahinter steckt die zutiefst bürgerliche Überzeugung, dass ein Hinausgehen über die nur (!) politische Gleichheit zur Abschaffung der Klassenunterschiede unmöglich sei, der Natur des Menschen widerspreche usw. Im Kampf gegen diese Kernbestände bürgerlicher Ideologie hatten einst Marx und Engels den wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt, für den auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fochten. Die Berufung der Reform-"Sozialisten" und heutigen Sozialdemokraten wie Gysi auf das Erbe von Marx und Rosa Luxemburg ist daher ebenso widerwärtig, wie es die "Verteidigung" dieses Erbes durch die SED-Greise war. Wie hätte wohl die Klassenkämpferin Luxemburg auf den unschuldig-vulgären Gebrauch ihrer Worte von der Freiheit des "Andersdenkenden" durch die 89er Wende - "Revolutionäre" reagiert? Vielleicht so: Wer nach Demokratie = Volksherrschaft schreit, dabei aber vergisst, die Massen gegen den beginnenden Fischzug der Deutschen Bank wachzurütteln, möge mich gefälligst aus dem Spiel lassen. (Übrigens wurden Rosa und Karl von Andersdenkenden ermordet) Jedoch gab es in der DDR auch Leute, die sich als Sozialisten gegen die Funktionärsherrschaft wendeten, d.h. den Klassenwiderspruch zwischen der Funktionärsschicht und den Werktätigen als Ausgangspunkt der Kritik wählten und sich entsprechend klar vom "goldenen Westen" abgrenzten.

Dabei handelt es sich z.B. um die Sektion DDR der KPD, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre illegal arbeitete, bevor sie von der Stasi zerschlagen wurde.

Gewiss: für diese Form von Opposition waren die Westmedien nicht zu begeistern. Statt der von vielen nach dem Super-Gau des Real - "Sozialismus" erwarteten größeren Ruhe und Stabilität wenigstens im Innern der Industriestaaten sowie im internationalen Rahmen ist eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Vom Ende des Real - "Sozialismus", mit dem zunächst viele ihre sozialistischen Hoffnungen begraben, profitieren gleichermaßen das Kapital und die schwärzeste Reaktion überall auf der Welt. Ob Rassisten und Faschisten, ob Popen oder Mullahs, sie alle wittern Morgenluft, nachdem die Arbeiterbewegung diese doppelte Niederlage hat hinnehmen müssen. Im Osten Europas kehrt man zu einem Steinzeitkapitalismus zurück, im Westen wird ein beispielloser sozialer roll back versucht, sollen die Gewerkschaften zahnlos gemacht und erkämpfte Rechte vom Tisch gewischt werden. All dies zeigt auch, dass die Story vom nunmehr stabilen Kapitalismus und dem Ende des Sozialismus ein Märchen ist.

Gewiss, die Spitzen der Gewerkschaften stellen sich an die Seite der Monopole, tun alles, um die Arbeiterbewegung zu zersetzen. Wenn die Werktätigen konsequent, ohne Rücksicht auf Kapitalsinteressen und organisiert für ihre ureigenen Interessen kämpfen, werden sie die Grundfesten der barbarischen kapitalistischen Ausbeuterordnung erschüttern, die zu Faschismus, Krieg und Niedergang der Zivilisation führt. Die Marxisten und Sozialisten werden in Deutschland wie anderswo Anstrengungen unternehmen, um die Erfahrungen des Sozialismus und seines Verrats zu verarbeiten, die Zersplitterung zu überwinden, bis sie wie 1918 Rosa Luxemburg bei der Gründung der KPD sagen können:

"Wir stehen wieder bei Marx, unter seinem Banner."



Dortmund unter der Knute des Bundesverfassungsgerichts

(Korrespondenzbericht vom Antikriegstag)

Vorgeschichte seit 2000

Seit Mitte der 1980er Jahre war es den Antifaschisten gelungen, die Dortmunder Nazi-Szene, damals vor allem von Borussenfront und FAP geprägt, weitgehend zurückzudrängen. Jedoch ab dem Jahr 2000 änderte sich das beinahe schlagartig. Die Nazis hatten sich vor allem im Stadtteil Dorstfeld festgesetzt und von dort aus überfallartige Aktionen in die Dortmunder Nordstadt unternommen. So veranstalteten am Karfreitag 2000, während in der Bittermark (im Süden Dortmunds) Antifaschisten der am Karfreitag 1945 kurz vor Einmarsch der US-Armee von der Gestapo ermordeten Zwangsarbeiter und Antifaschisten aus mehreren Ländern Europas gedachten, Nazi-Skinheads am Nordmarkt eine Hetzjagd auf Menschen mit Migrationshintergrund. Dies führte dazu, dass sich dort zahlreiche Menschen zur Initiative "Nordstadt gegen Rechts" zusammenschlossen, aus der schließlich das Bündnis "Dortmund gegen Rechts" hervorgegangen ist.

Die Nazis hatten sich indes auf Bundesebene entschlossen, Dortmund zu einem Zentrum für europaweite Aufmärsche von Faschisten zu machen.

Am 21.10.2000 wurde erstmals seit 15 Jahren wieder ein Naziaufmarsch in Dortmund mit einem polizeilichen Großaufgebot durchgesetzt. Anmelder war der Hamburger Anwaltsgehilfe und Erbe mehrerer Mietshäuser Christian Worch. Zwar hatte der Dortmunder Polizeipräsident Hans Schulze den Aufzug verboten, war damit zunächst am Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gescheitert, hatte dann aber dort Recht bekommen, als er darauf hinwies, dass die Teilnehmer ("Kameraden" um Siegfried Borchardt, genannt "SS-Sigi") überwiegend der verbotenen FAP angehört hatten und auch den am 14.6. desselben Jahres durch den Neonazi Michael Berger in Dortmund und Waltrop verübten Mord an 3 Polizeibeamten ausdrücklich gutgeheißen hatten, das Obergericht Münster jedoch kippte das Verbot. Die Polizei setzte danach diesen Aufmarsch und alle folgenden der Nazis mit entsprechenden Verfolgungen von Antifaschisten durch. Die Antifaschisten setzten dem keine einheitlichen Maßnahmen entgegen, sondern spalteten sich in mehrere Bündnisse auf, so entstand neben dem Bündnis "Dortmund gegen Rechts" das Bündnis "Wir stellen uns quer", das die Mordtaten von Faschisten (seit 1990 waren bis dahin etwa 130 Menschen in Deutschland von Faschisten ermordet worden) mit der mörderischen Abschiebepaxis des deutschen Staates auf eine Stufe stellte und eigene Demonstrationen anmeldete. (Nach dem Tag des Mordes an "Schmuddel" 2002 nannte es sich "Bündnis 28.3.", neuerdings heißt es "Bündnis S5", mit antideutscher Tendenz.) Außerdem gab es einen Arbeitskreis um die bürgerlichen Parteien und die Kirchen herum, der einer Zusammenarbeit mit dem Bündnis Dortmund gegen Rechts reserviert bis ablehnend gegenüberstand, weil dort auch Kommunisten mitarbeiteten. (Der damalige Sprecher des Bündnisses, Mark Rudolff, war allerdings

ein Grüner.) Dieser Arbeitskreis arbeitete nicht kontinuierlich und änderte mehrfach seine Bezeichnung.

Bereits am 16.12.2000 kam es zum zweiten Nazi-Aufmarsch unter der Parole "*Hier marschiert die deutsche Zukunft*". Gegen die Antifaschisten setzte die Polizei den "Dortmunder Kessel" ein, in dem sie zahlreiche Schüler stundenlang festhielt, dann ins Präsidium abtransportierte und teilweise erst spät in der Nacht nach entsprechend langem Warten der Eltern vor dem Präsidium freiließ.

Am 3.3.2001 war der nächste Nazi-Aufmarsch an der Reihe. Und danach Jahr für Jahr anlässlich des 1. Mai und Antikriegstages, wobei die Nazis sich sozialistisch gaben: "*Zerschlagt den Kapitalismus!*", "*Für einen sozialistischen Nationalstaat*", "*Gegen den imperialistischen Krieg*" (der USA), "*Nie wieder Krieg - nach unserem Sieg!*" Von Mal zu Mal wurde ihr Auftreten aggressiver, die Aufmärsche wurden umfangreicher, die Polizei verhängte ganztägige Abspermaßnahmen über ganze Stadtteile und entfernte im Aufmarschgebiet alles, was die Nazis hätte stören können, riss Plakate von den Wänden, entfernte antifaschistische Parolen, die aufs Straßenpflaster gemalt waren, unterband den öffentlichen Schienen- und privaten Straßenverkehr, führte penible Personenkontrollen durch usw.

Nazi-Aktion am 1. Mai 2009 in Dortmund

Am 1. Mai 2009 hatte eine Gruppe von Neonazis in Dortmund die Mai-Demonstration des DGB angegriffen und damit eine neue Qualität der Gewalt eingeleitet. Ihnen war ein Aufmarsch in der Messestadt Hannover verboten worden und sie hatten sich kurzerhand per Zug auf den Weg nach Dortmund gemacht und auf dem Bahnhofsvorplatz schon Stunden vorher gesammelt, von wo aus sie sich zum Kundgebungsplatz des DGB (Platz der alten Synagoge) begaben. Mit dieser Aktion waren die Nazis über den zwar nicht gerade gutgeheißenen, aber auch nicht "an die große Glocke gehängten" Bereich ihrer Gewaltaktionen, die sich – von der Erschießung der 3 Polizeibeamten durch den Neonazi Berger und dem Erstechen des Antifaschisten Thomas Schulz ("Schmuddel") durch einen 17jährigen Neonazi mal abgesehen - in Dortmund bisher auf "Ausländer-Klatschen", Misshandeln von Obdachlosen, Überfälle auf linke Szenekneipen, Beschädigungen linker Buchläden und Morddrohungen gegen prominente Antifaschisten (z.B. Willi Hoffmeister) in Dortmund beschränkt hatten, hinausgegangen und selbst CDU-Leute reagierten empört. Es war (auch angesichts bevorstehender Kommunalwahlen) zu einem Ratsbeschluss aller Parteien (außer der DVU) gekommen, in Dortmund einen Aufmarsch der Nazis zum Antikriegstag nicht zu dulden. (Die Polizei hatte am 1. Mai zunächst türkische Demonstrierende angegriffen, die sich gegen die Nazis zur Wehr gesetzt hatten, bevor sie einen Kessel um die Nazis bildete, der angesichts einer von allen Fraktionen des Düsseldorfer Landtags einhellig festgestellten "neuen Dimension" der rechten Gewalt von NRW-Innenminister Ingo Wolf

(FDP) als *“hervorragender Erfolg”* gefeiert wurde. Unter den von der Polizei nach dem Überfall eingekesselten 404 Nazis, die überwiegend zu den Autonomen Nationalisten gehören, hatte sich auch der Dortmunder DVU-Bezirksvertreter Patrick Brdonkalla befunden, gegen den auch ermittelt wird, weil er einer der Schläger von Dresden gewesen sein soll, die im Februar im Vorfeld des dortigen Nazi-Aufmarsches Gegendemonstranten zusammengeschlagen hatten.)

Der Dortmunder Polizeipräsident, der sich seit Jahren – nachdem er zu Beginn dieses Jahrhunderts bei der Justiz den kürzeren gezogen hatte – geweigert hat, ein Verbot gegen eine Nazi-Demonstration auszusprechen, tat das diesmal mit Hinweis auf die Ereignisse am 1. Mai und auf verstärkte Aggressivität der Nazis bei ihrer Demonstration zum Antikriegstag 2008 (dabei waren mehrere Polizeibeamte verletzt worden).



Der Anmelder des im Rahmen des Antikriegstags für Samstag, den 5.9.2009, geplanten *“nationalen Antikriegstags”*, Christian Worch, der im März 2001 erklärt hatte, er werde so lange in Dortmund immer wieder Nazi-Aufmärsche anmelden, *“bis Dortmund deutsch und frei”* (sprich: *“ausländerfrei”*) sei, scheiterte mit seiner Klage gegen die Verbotsverfügung zunächst beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und auch beim Oberverwaltungsgericht Münster und beantragte dann eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, der in der Nacht vor der Demonstration stattgegeben wurde. Leute wie Worch meinen, was sie sagen und müssen daher verdammt ernst genommen werden. Man darf ihre Äußerungen nicht auf die leichte Schulter nehmen und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Karlsruher Richter das getan haben. Zu den Tötlichkeiten seiner Anhänger erklärte er, das sei nicht seine Sache, sondern Sache der Polizei, die Störenfriede dingfest zu machen, damit habe er nichts zu tun. (Eine Äußerung, in der sich ein Klassenwiderspruch zwischen den gesellschaftlich privilegierten Nazi-Führern und deren Fußvolk, das überwiegend aus ärmlichen Verhältnissen stammt und für sie die Drecksarbeit leistet, spiegelt.)

Aktionen am 5.9.2009

In Dortmund waren für den 5.9. von Gegnern des Fa-

schismus rund 30 verschiedene Veranstaltungen angemeldet worden, um den Nazis keinen Spielraum zu belassen, darunter eine bundesweite Demonstration der Antifaschistischen Aktion *“gegen Krieg und Faschismus”*, die ab dem Hauptbahnhof in Richtung Dorstfeld gehen sollte, sowie eine ganztägige Kundgebung der im Rahmen des Bündnisses Dortmund gegen Rechts arbeitenden *“Aktion 65 plus”* (d.h. derjenigen Antifaschisten, die 65 Jahre und älter sind und daher noch Kriegs- und Nachkriegserfahrungen haben). Ferner eine Kundgebung des DGB, eine Demonstration des Bündnisses S5, zahlreiche Veranstaltungen von Kirchengemeinden, Schulen usw. und ein von der Koordinierungsstelle der Stadt Dortmund *“für Vielfalt, Toleranz und Demokratie”* geplantes Friedensfest unter dem Titel *“Kein Platz für Nazis in Dortmund”* auf dem Friedensplatz vor dem Rathaus mit dem von der britischen Königin in den Adelsstand gehobenen *“Ritter für den Frieden”*, dem Kultbarden Sir Bob Geldorf, zu dem laut Lokalpresse über 5000 Menschen kamen. Diese Veranstaltung fand in der Lokalpresse die größte Zustimmung, obwohl die *“Koordinierungsstelle”* so gut wie nichts an Anti-Nazi-Aktivitäten darüber hinaus koordiniert hatte. (Westfälische Rundschau (SPD-nahe): *“Friedensfest gegen rechte Gewalt”*, Ruhr-Nachrichten (CDU-nahe): *“Eine Stadt wehrt sich mit Erfolg”*.) Das Fest fand fern vom Geschehen statt.

Die Nazis (rund 700 Personen) durften ihre Kundgebung in der Dortmunder Nordstadt, am Park-&-Ride-Platz vor dem Hafen, abhalten, allerdings ohne sich von dort fortzubewegen; die Polizei hatte sie mit Barrieren (*“spanische Reiter”*) hermetisch von *“Störern”* abriegelt und auf den Zufahrtsstraßen zur Mallinckrodtstraße (auch auf dem Zubringer von der A 43 zur Nordstadt) zahlreiche Sperren errichtet, mit 4000 Polizisten (auf je 1 Nazi kamen also fast 6 Polizisten) aus ganz Deutschland war es laut Medien der größte Polizeieinsatz, der jemals in Dortmund stattgefunden hat. Die Stimme des Redners Worch drang zwar bis zu den Barrieren durch, wo sich etwa 300 Antifaschisten nach Umgehen vorgelagerter Polizeisperren eingefunden hatten, was er sagte, war aber wegen des mehrfachen Echos von den Wohnblockwänden nicht zu verstehen.

Eng bewacht war besonders der Demonstrationzug der Antifaschistischen Aktion, von dem ein Teil (rund 200 Personen) stundenlang eingekesselt wurde, nachdem die Demonstration, der eine Wegstrecke von nur 1 km Länge (bis zum Westpark) zugestanden worden war, aufgelöst worden war und aus diesem Kreis einige Steine auf Beamte geworfen worden waren. 58 Antifaschisten wurden in Gewahrsam genommen.

Besonders erwähnen möchte ich noch eine Rede des VVN/BdA-Vorsitzenden Ulrich Sander bei der Kundgebung der Aktion 65 plus auf dem Wilhelmsplatz in Dorstfeld, in der er Antifaschismus und Antimilitarismus miteinander verband:

“Die höchsten deutschen Gerichte haben deutsche völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zugelassen, sie haben das Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 des Grundgesetzes faktisch aufgehoben und auch den

Artikel 139, der den deutschen Faschismus ächtet. Gestern hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Naziaufmarsches in Dortmund aufgehoben. Dieses Gericht ist zu seinem Standpunkt zurückgekehrt, dass Naziaufmärsche nur das Vortragen einer ‚missliebigen‘ Meinung darstellen. Nazis marschieren unter der Losung ‚Nie wieder Krieg nach unserem Sieg, dem Sieg des Nationalsozialismus.‘ Trotzdem bescheinigt das Gericht den Nazis in seinem Spruch von gestern Gewaltlosigkeit und Gesetzestreue. Es begünstigt Leute, die am 1. Mai in Dortmund mit dem Überfall auf den DGB-Demonstrationszug eine Probe ihrer Gewaltlosigkeit gegeben haben. Es begünstigt Leute wie den Bombenbauer von Weil bei Lörrach, der nur durch die Aufmerksamkeit von Antifaschisten gehindert wurde, ein Blutbad anzurichten.

Es ist zu hoffen, dass die kritiklose Hinnahme solcher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aufgehört. Das Bundesverfassungsgericht bewegt sich nicht im luftleeren politischen Raum, es wird von etablierten Politikern bestimmt. Das Grundgesetz steht über dem Bundesverfassungsgericht, das diese Verfassung oft negativ uminterpretiert.“

Aktion 65 plus und VVN/BdA hatten sich und andere seit Monaten darauf vorbereitet, die Nazis für den Fall, dass sie am 5.9. marschieren würden, zu blockieren. Dies sollte unter der Losung geschehen: *“Wir haben es erlebt – nie wieder!”* Die Blockade fand statt, allerdings durch die Polizei, die bekannt gab, den 700 Nazis nur eine Kundgebung auf engem Raum am Hafen, keinen Marsch, zu erlauben. Sie wurden in Polizeibegleitung vom Hauptbahnhof per U-Bahn zum Park-&-Ride-Platz am Hafen gebracht, wo sie von 13 bis 16 Uhr (zeitweise bei strömendem Regen) stehen durften, und dann wieder ebenso zurückgebracht. Für die Nazis insgesamt ein beschämendes Erlebnis, wobei 14 Nazis ausflüpten und in Gewahrsam genommen werden mussten.

Anlässlich des am Tag zuvor von dem Bundeswehr-Oberst Georg Klein nach einer Entführung von 2 Tanklastwagen, die Treibstoff für die Bundeswehr geladen hatten, durch die Taliban befohlenen Bombardements bei Kunduz, bei dem rund 100 Afghanen, darunter zahlreiche Zivilpersonen, ums Leben kamen, erinnerte Ulrich Sander an die am 11.8.2009 (nach vor Jahren bereits in Italien in Abwesenheit erfolgter Verurteilung) vom Schwurgericht München gegen den Gebirgspionier-Kompanieführer Josef Scheungraber verhängte lebenslängliche Haftstrafe wegen Kriegsverbrechen in der Toskana (während der Besetzung durch die Wehrmacht 1943 Erschießung von 14 Geiseln und Vernichtung des Dorfes Falzano de Cortona als *“Vergeltungsmaßnahmen”*) und fuhr fort: *“Wir hoffen, dass Oberst Georg Klein ebenfalls vor Gericht kommt und wie kürzlich der NS-Wehrmacht-Kriegsverbrecher Josef Scheungraber verurteilt wird.”* (In Bundeswehr-Zeitschriften wurde die Verurteilung Scheungrabers wegen möglicher ähnlich gelagerter Fälle bei der kriegführenden Bundeswehr denn auch scharf kritisiert.)

Sander beendete seine Rede mit dem Satz: *“Unser Kampf gegen Krieg und Nazismus geht weiter und wird*

durch die erfolgreichen Aktionen in unserer gesamten Stadt Auftrieb erhalten.”

Auf dem Wilhelmsplatz gab es auch Stände der SPD und der Grünen, und es war ja eine SPD/Grünen-Regierung, die den Krieg in Afghanistan begonnen hat. Es wäre angemessen gewesen, die anwesenden Vertreter dieser Parteien um eine Stellungnahme zum Afghankrieg zu ersuchen. Das haben wir versäumt.

Die Nazis haben ihre Demonstration für den Antikriegstag 2010 schon angemeldet und werden gewiss einen für sie günstigeren Platz als dieses Jahr beanspruchen. Der Kampf geht also weiter und man kann jetzt schon absehen, dass er härter wird.

Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht selbst ist es, das die Spirale der Gewalt nach oben dreht, und man muss sich fragen, warum es das tut. Es ist schließlich das oberste Gericht des bürgerlichen Staates, der sich offiziell noch als demokratisch bezeichnet.

Sanders Bewertung des Grundgesetzes erscheint idealistisch. Das Grundgesetz ist dem deutschen Volk nie zur Abstimmung vorgelegt worden und es ist auch nicht klassenneutral, sondern die Verfassung eines bürgerlichen Staates. Es ist in teilweise widersprüchlichen Formulierungen janusköpfig: Je nachdem, welche Kraft gerade den größeren politischen Einfluss ausübt, kann es vom Bundesverfassungsgericht so oder anders ausgelegt werden. Gegenwärtig wird das Demonstrationsrecht so ausgelegt, dass Nazis unter Polizeischutz ihr propagandistisches Gift in die Bevölkerung sprühen dürfen. Wer sich da auf antifaschistische Aussagen im Grundgesetz stützt, zieht den kürzeren. Vorrangig ist für die Bundesrichter die Opportunität der Auslegung – und für den bürgerlichen Staat, der Krieg führt und auch künftig Kriege führen können will, ist es nicht opportun, die Nazis zu verbieten. Schließlich orientiert sich die Bundeswehr an der Wehrmacht des Nazi-Staates, sie tut das zwar verschämt, aber doch sichtbar, wenn etwa für das Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan das Vorbild der *“Brandenburger”* (Baulehr-Kompanie z.B.V. 800 Brandenburg) herangezogen wird, einer Wehrmachtstruppe, die hinter der Front Schmutzarbeit leistete – als *“geheime Krieger”* in feindlicher Uniform (1941/1942 auch in Afghanistan mit dem *“Unternehmen Tiger”* zur Organisierung militärischer Sabotageaktionen gegen in Indien stationierte britische Truppen).

Die Opportunität des bürgerlichen Staates Deutschland spricht auch dafür, das Grundgesetz nach Möglichkeit dem Vertrag von Lissabon anzupassen, der ja ursprünglich den Rang einer europäischen Verfassung haben sollte, die dann höherrangig wäre als die eines Mitgliedsstaates.

In Kooperationsgesprächen, zu denen die Polizei Anmeldender von Veranstaltungen lud, wird von ihr ein Bild von Demokratie vorgetragen, das mit dem allgemeinen Verständnis nichts zu tun hat: Danach sieht sich die Polizei als Mediator zwischen widersprüchlichen Gruppen, die alle als prinzipiell gleichberechtigt betrachtet werden. Wenn also jemand Nazis durch eine Sitzblockade daran hindern will, ihre Propaganda zu verbreiten, so

begeht er eine Straftat und sein Sitzen auf der Straße ist ein Gewaltakt. So ist es mir in zwei "Kooperationsgesprächen", zu denen ich als Vertreter der Aktion 65 plus geladen worden war, erklärt worden.

In den Medien wurde post festum weitgehend die Version der Polizei von den Ereignissen übernommen und ihre Vorgehensweise als gelungene Strategie herausgeputzt.

Dorstfelder Alltag:

ein von den Nazis statuiertes Exempel

Im Dorstfelder Alltag sieht das anders aus. Da können die Nazis beispielsweise die zur Friedensbewegung zählende Familie Engelhardt, deren 18jähriger Sohn Yasa Antifaschist ist und die "Gesicht zeigen" will, terrorisieren, ohne dass ihr jemand helfen kann. Offenbar wollen die Nazis an dieser Familie ein Exempel statuieren und sie dazu zwingen, aus Dorstfeld zu verschwinden. Der Psychoterror wird langsam gesteigert, zuerst werden Nazi-Aufkleber an der Hauswand angebracht, dann wird die Friedenstaube auf ihrem Pkw mit einem Nazi-Aufkleber überklebt, das Auto schwarz eingesprüht, kurz darauf fliegt nachts ein Stein durch die Wohnzimmerscheibe, dann wird das Auto total demoliert. Offenbar beanspruchen die Nazi hier Hoheitsrechte, wollen in Dorstfeld damit beginnen, eine "national befreite Zone" zu errichten. Der Täterkreis ist polizeilich bekannt, jedoch die Täter nicht zu ermitteln. Barbara Engelhardt schreibt per E-Mail einen Hilferuf an die Koordinationsstelle für Vielfalt und Toleranz (Leiter: Pfarrer Hartmut Anders-Hoepgen), schickt Kopien davon an Ulrich Sierau (SPD, designierter Oberbürgermeister, der mit dem Text *"Leben einzeln und frei wie ein Baum und dabei brüderlich vereint wie ein Wald"* des kommunistischen türkischen Dichters Nazim Hikmet Wahlkampf machte), an den CDU-Fraktionsführer Frank Hengstenberg und an Mario Krüger (Grüne, bei der letzten Kommunalwahl Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters). Keiner antwortet ihr. Sie hat wiederholt bei der Polizei Strafanzeige erstattet, entsprechende Verfahren wurden von der Staatsanwaltschaft bisher mangels Beweises eingestellt. Die Familie fühlt sich von Politik, Polizei, Gesellschaft im Stich gelassen. Barbara Engelhardt, die für kulturelle Vielfalt und Menschenrechte eintritt, wünscht, *"dass die Bevölkerung endlich wach wird und, verdammt noch mal, was tut. Wenn wir alle Gesicht zeigen, sind wir stärker. Die können ja nicht überall die Fenster einschmeißen."* (Zitiert nach: Westfälische Rundschau, 7.10.2009)

Nach der Veröffentlichung in den lokalen Medien wollten plötzlich die angesprochenen politischen Stellen und Personen der Stadt sowie der für Dorstfeld zuständige Bezirksbürgermeister Hans-Ulrich Krüger (SPD, der schon seit langem weiß, was los ist) und die Dortmunder FDP-Spitzenpolitikerin Dr. Annette Littmann, die sich wohl den Fototermin nicht entgehen lassen wollte, "Flagge zeigen", indem sie (am Freitag, den 9.10.) den Schaden offiziell besichtigten und eine Pressekonferenz in dem Haus der Familie (ehemaliges evangelisches Gemeindehaus an der Wittener Straße) abhielten. Die Vereinigten Kirchenkreise (evangelische Kirche) organi-

sierten zeitgleich eine Mahnwache vor dem Haus, um bei Passanten Solidarität mit der betroffenen Familie einzufordern.

Auf dieser Pressekonferenz findet Ulrich Sierau es *"erfreulich, dass es Menschen in Dortmund gibt, die sich mit Zivilcourage den Nazis in den Weg stellen."* Man müsse zeigen, *"dass Dortmund eine Stadt ist, die sich so etwas nicht gefallen lässt."* Wie man das zeigen soll, sagte er nicht. Hartmut Anders-Hoepgen erwartet *"von der Polizei endlich einmal positive Ergebnisse."* Doch Polizeisprecher Wolfgang Wieland wehrt ab: *"Wir wissen natürlich, dass hier zwei Lager aufeinanderprallen können."* Dorstfeld sei jedoch kein Problemstadtviertel. Aber die Polizei hat, wie Barbara Engelhardt berichtete, ihrer Familie nahegelegt, wegzuziehen. (Zitate nach WAZ, 10.10.)



"Im Rahmen unserer Möglichkeiten..."

Während im Haus an der Wittener Straße die Pressekonferenz tagte und davor die Mahnwache stattfand, verteilten wenige Meter entfernt (an der Thusneldastraße) die Nazis ihre Flugblätter, in denen es heißt: *"Vorsicht: Kriminelle Linksextreme in Dorstfeld!"* Darüber hinaus hatten sie an verschiedenen Stellen im Stadtteil Plakate geklebt, auf denen Fotoabbildungen der Familie zu sehen sind und auf denen vor der "kriminellen" Familie gewarnt wird. All das offenbar, ohne dass sie daran gehindert wurden. Verleumdung ist eben kein Offizialdelikt, und die Bearbeitung einer Anzeige würde zu lange dauern. Wie titelten doch die Ruhr-Nachrichten zum Antikriegstag: *"Eine Stadt wehrt sich mit Erfolg."* Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Auf Stadtebene allein wird man ihrer wohl kaum Herr werden können.

Wir fordern das bundesweite Verbot faschistischer Propaganda und aller faschistischen Organisationen.



Sieben Überfälle, 13.000 € Schaden - der fortschrittliche Buchladen *Tantara Babu* in Dortmund. Solidarische Kunden spendeten bisher

mehrere Tausend € für den Erhalt des Ladens...

Wiederholungstäter...

Nazis fallen in Recklinghausen ein



28. November: Auch hier gibt es eine Vorgeschichte. Vor fünf Jahren, im Dezember 2004, suchten Neonazis mit 5 Demonstrationen die Stadt heim. Von offizieller Seite wurde ihnen kaum etwas entgegengesetzt, schon gar kein Widerstand. Es wurde - zeitlich und örtlich versetzt - kreisweit eine offizielle Demonstration organisiert, die die Nazis in keiner Weise störte. Eine Schulsprecherin brachte damals ihre Empörung gegen diese Haltung deutlich zum Ausdruck: **“Wir sind verantwortlich für das, was wir zulassen!”**

In diesem Jahr tauchten die Nazis wieder auf - wieder wurde ihnen von offizieller Seite nur mit einer weit vom Geschehen entfernten Mahnwache “begegnet”. Lassen wir Zahlen sprechen: kamen zur Demonstration vor fünf Jahren noch 2.000 Menschen, so kamen diesmal nur knapp 300 - die Nazis konnten damals im Höchstfall 150 Idioten mobilisieren, diesmal waren es schon mehr als 500... Die Stadtleitung von Recklinghausen hatte diesmal sogar offiziell die Perspektive ausgegeben: Wegschauen.

Antifaschisten und linke Kräfte versuchten, den Nazis optisch wirksam entgegenzutreten. Da die antifaschistischen Kräfte durch Mahnwachenpolitik der großen Parteien - unterstützt von Kirchen, Schulleitungen und Gewerkschaftsführung - gespalten wurden, gelang es nicht, die Nazis als großer, geschlossener Block am Verlassen des Bahnhofs zu hindern. In der Vergangenheit waren so auch in Recklinghausen schon Nazi-Aufmärsche verhindert worden, da die Polizei in “Güterabwägung” davor zurückscheute, den Nazis die Straße frei zu prügeln. So kam es nur zu einem akustischen und optischen Protest - die Demo-Route der Nazis war Stunden vorher mit entsprechenden Gegen-Plakaten geschmückt worden. Am Abend vorher und am Aufmarschtag selber gab es außerdem zwei antifaschistische Demonstrationen.

Ein Versuch, die Nazi-Demo verbieten zu lassen, wurde trotz Aufforderung weder vom Bürgermeister (CDU) noch von sonst jemandem unternommen. Im Gegenteil, den Nazis wurde jedes nur denkbare Entgegenkommen entgegen gebracht. Der zentrale Bus-Bahnhof wurde komplett gesperrt, die Bussteige verlegt.

Ganze Straßenzüge wurden abgesperrt, und das an einem Samstag der Vorweihnachtszeit, was für eine Reihe von Geschäftsleuten erhebliche Einbußen ergab. Darüber hinaus verteilte die Polizei am Tag vor der Nazi-Demo an die Geschäfte auch auf der Antifa-Demoroute (!) ein Faltblatt mit Verhaltensmaßregeln. Dazu wurden die Ladenbesitzer aufgefordert, keine Wertsachen in den Schaufensterauslagen zu lassen - illustriert war das Faltblatt mit einem Demo-Foto, auf dem Transparente bzw. Fahnen von Attac und Linkspartei zu erkennen waren! Wir haben mit diesen Organisationen zwar erhebliche ideologische Differenzen, aber das ist eine Schweinerei! Im Verlauf der Mahnwache verstieg sich ein bürgerlicher Redner dann sogar zu der Behauptung, die Weimarer Republik sei wegen der Streitigkeiten zwischen Rechten und Linken zugrunde gegangen - 1932 im Düsseldorfer Park-Hotel war nachweislich kein Kommunist unter den Geldgebern für die Nazis!

Der Nazi-Aufmarsch verlief erfreulicherweise von der normalen Bevölkerung weitgehend unbeachtet. Dennoch müssen sie das Verhalten der Verantwortlichen der Stadt bzw. auch des Kreises Recklinghausen als eine Einladung zum Wiedererscheinen auffassen. Antifaschistische und kommunistische Kräfte wollen, um zu verhindern, daß Recklinghausen ein zweites Dorstfeld wird, ihre Arbeit koordinieren und intensivieren. Es reicht nicht, zum x-ten Mal mi Wolfgang Borcherts “Sag Nein!” andere dazu aufzufordern - man muß selber NEIN! sagen!



Mit Verdachts- und Bagatellkündigungen wird der Willkür Tür und Tor geöffnet

Die Weltwirtschaftskrise: viele Menschen haben erkannt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, auch nur die elementarsten Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Milliarden von Steuergeldern wurden zur Rettung des Kapitalismus ausgegeben. Je stärker sich die soziale und wirtschaftliche Krise zuspitzt, desto offener zeigt die Justiz - wie einst in der Weimarer Republik - wieder ihren Klassencharakter.

“Das Drama um die Sekretärin Magdalene M. (59). Wieder einmal wurde knallhart gekündigt, diesmal wegen zwei läppischer Frikadellen vom Firmen-Catering. Doch was viele Arbeitnehmer als Bagatelle betrachten, sehen Chefs mitunter ganz anders - und auch die Arbeitsgerichte! Kugelschreiber, Klopapier, Kaffeepulver – es sind vielleicht Kleinigkeiten (...) Streng genommen kann Sie schon eine mitgenommene Büroklammer aus dem Job katapultieren! Mögliche Konsequenz: Sie könnten fristlos gekündigt werden! Auch gefährlich: Beobachten Sie solch eine Tat und melden sie nicht, werden Sie zum Mitwisser.” (Bild, 08.10.2009)

Jeder Dritte in Plötzensee sitzt wegen Schwarzfahrens: Jedes Jahr müssen Hunderte ins Gefängnis, weil sie BVG-Strafen nicht zahlten. Und das trotz der chronischen Überbelegung der Berliner Haftanstalten.

Mit was für einem heruntergekommenen Rechtsempfinden müssen wir leben, wenn wir das Strafmaß für den wegen Millionenbetrugs/-unterschlagung verurteilten Zumwinkel mit den bestraften kleinen Schwarzfahrern in Berlin und anderswo vergleichen?

Emmely und die Klassenjustiz

Die fristlose Kündigung der Berliner Supermarktkassiererin Barbara E.- "Emmely" genannt - ist in einer breiten Öffentlichkeit auf Empörung gestoßen. Die 50-Jährige wurde nach 30 jähriger Betriebszugehörigkeit entlassen, weil sie verdächtigt wurde, liegengelassene Pfandbons im Wert von 1,30 Euro eingelöst zu haben. Das Arbeitsgericht und in der Berufungsinstanz auch das Landesarbeitsgericht Berlin haben die Kündigung bestätigt. Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, die

der Fall erregte, ist die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Verantwortlichen für diese Krise haben kaum etwas zu befürchten, das Leben einer Kassiererin wird dagegen wegen einer Bagatelle mit dem Segen der Gerichte zerstört. Der Fall Emmely ist aber kein Einzelfall.

Der Klassencharakter des Urteils gegen Emmely beruht nicht nur darauf, dass die Richter ihren Ermessensspielraum höchst einseitig gegen die Kassiererin ausgelegt haben. Er zeigt sich auch in der geltenden Rechtspraxis.

So gilt im Arbeitsrecht der Grundsatz "Im Zweifel für den Angeklagten" nicht. Der bloße Verdacht eines Fehlverhaltens reicht für eine Kündigung aus, auch wenn das bedeutet: Einen Arbeitsplatz findet sie nicht mehr.

Barbara E. hatte ihrem Arbeitgeber vorgeworfen, sie sei in Wirklichkeit wegen eines Streiks im Einzelhandel gekündigt worden, an dem sie teilgenommen hatte und wegen dem sie und andere Streikteilnehmer nicht zu einer Betriebsfeier eingeladen worden war. Und hier liegt wohl auch der Grund ihrer Kündigung. Selbstbewusste und gewerkschaftlich engagierte Mitarbeiter sind nicht gefragt. Und die Klassenjustiz öffnet der unternehmerischen Willkür Tür und Tor. (Es gab allerdings schon Zeiten, in denen deutsche Gerichte "Hühnerdiebe" zum Tode verurteilten)

Bei Bankern und Managern werden völlig andere Maßstäbe angewandt als bei einer Kassiererin.



Solidarität ist unsere stärkste Waffe!

Rote Hilfe

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

“Verdachtskündigung”

Die Geburtsstunde der Verdachtskündigung wird allgemein in einer Entscheidung des Reichshandelsgerichts vom November 1871 gesehen. In der Weimarer Republik hat das Reichsarbeitsgericht anfänglich die Verdachtskündigung abgelehnt. Ab etwa 1934 finden sich die ersten Entscheidungen - jetzt unter faschistischer Fahne - die den bloßen Verdacht einer schweren Verfehlung bzw. Straftat als Kündigungsgrund ausreichen ließen. Diese Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts hat das Bundesarbeitsgericht übernommen: Die erste Entscheidung zur Verdachtskündigung stammt von Mai 1955. Eine nähere Begründung der Verdachtskündigung findet sich erstmals in einer Entscheidung von Juni 1964.

Die der Verdachtskündigung zugrundeliegende Voraussetzung einer Vertrauensbeziehung und die im deutschen Arbeitsrecht von Beschäftigten abverlangten Loyalitätspflichten sind undemokratisch und wirken autoritär.

Die faktische Umkehrung der Beweispflicht macht eine erfolgreiche Verteidigung des Arbeitsverhältnisses in den meisten Fällen unmöglich. Die Verdachtskündigung ist damit ein Geschenk des deutschen Arbeitsrechts an die Unternehmen, die mit diesem Instrument widerständige Beschäftigte loswerden können. Und genau dazu wird sie nach unserer Erfahrung auch eingesetzt. Streik- und Koalitionsrecht werden damit in den Bereichen, in denen die Beschäftigten auf den Schutz des Arbeitsrechts angewiesen sind, zum Papiertiger.

Aber was ist denn dann mit den Rechtsstaatsprinzipien?

Verfahren wegen geringfügiger Eigentumsdelikte werden von den Staatsanwaltschaften eingestellt, etwas höherwertige Eigentumsdelikte vom Strafrecht gar nicht oder durch eine Strafe geahndet, die geringer wäre, als sie z. B. einer Kündigung aus 31 Jahren Arbeitsverhältnissen und einer Aussicht auf Jahrzehnte mit Hartz 4 entspricht. Obwohl also im Strafrecht mit keiner oder geringerer Strafe zu rechnen wäre, gälten im Strafrecht aber auch die Unschuldsvermutung und damit der Grundsatz “im Zweifel für den Angeklagten”.

Die vom Arbeitgeber vorgebrachten Verdächtigungen bleiben im wahrscheinlichen Fall der Niederlage im Kündigungsschutzverfahren ein Leben lang am gekündigten Arbeitnehmer kleben. Und das, obwohl der Vorwurf, um den es geht, nie bewiesen wurde.

Das “Bundes Arbeits Gericht” wird nicht müde zu betonen, dass dem Urteil eine Interessenabwägung zugrunde liegen muss. Diese soll auch die Beschäftigungszeit der Gekündigten berücksichtigen. In der Praxis fallen diese Abwägungen jedoch monoton zu Ungunsten der Beschäftigten aus. Es wird immer einseitig die Frage gestellt, ob die Weiterbeschäftigung dem Arbeitgeber zugemutet werden kann. Nie wird die Frage gestellt, ob der Beschäftigten die Kündigung zugemutet werden kann.

Das BAG spricht in seinen Urteilen zur Verdachtskündigung selbst von “Abschreckung” und verfolgt damit selbst einen originär strafrechtlichen Zweck. Die Rechtsprechung des BAG läuft auf eine dem Strafrecht gleichkommende oder es übertreffende Sanktionierung unter Missachtung unverzichtbarer strafrechtlicher Prinzipien wie der Unschuldsvermutung, Ermittlungen durch eine unabhängige Exekutive etc. hinaus. Unter dem Vorwand eines rein zivilrechtlichen Verfahrens kann so das BAG gegen einen Verdächtigen urteilen, wo eine Verurteilung nach dem Strafrecht ausgeschlossen ist.

Keine “Verdachtskündigungen” mehr – Alle gemeinsam gegen das Kapital und die Klassenjustiz !



www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/499

Enteignung – Alltag im Kapitalismus

Das Kapital wettet gegen Enteignung. Vor nichts hat das Kapital mehr Angst als seiner Enteignung. Im GG ist daher der Schutz des Privateigentums festgeschrieben: "Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet." GG, Artikel 14,1

Allerdings enteignet das Kapital andere sehr gern. Das System des Kapitalismus beruht auf permanenter Enteignung. Karl Marx meinte:

"Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muss und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossauern." (Karl Marx: Das Kapital, MEW Bd. 25, S. 260)

Zur Geschichte der Enteignung

Ursprünglich gab es kein Privateigentum in der menschlichen Gesellschaft. Es gab kein Grundbuchamt, bei dem man seinen Besitz an Grund und Boden eintragen lassen konnte. Alles gehörte allen. Das bedeutet natürlich nicht, dass diese Gesellschaft ideal war. In der Frühzeit der Menschheit war der Kampf ums Überleben hart. Aber es gab kein Privateigentum.

Der Begriff "privat" kommt von dem lateinischen Wort "privare", was rauben bedeutet. Tatsächlich konnte das Privateigentum nur durch Raub, durch Aneignung des allgemeinen Eigentums erfolgen. Mit den ersten Gesellschaften, die auf Sklaverei basierten (z.B. Zweistromland, Ägypten, Griechenland, römisches Reich), eigneten sich die Fürsten das bisherige Gemeineigentum an.

Das Mittelalter war gekennzeichnet durch das Bauernlegen. Im Bauernkrieg 1525 wandten sich die Bauern auch gegen diese Form der gewaltsamen Enteignung und ihrer Entrechtung durch die Leibeigenschaft.

"Dies gilt auch für Deutschland. Wo bei uns große Agrikultur besteht, also namentlich im Osten, ist sie erst möglich geworden durch das, seit dem 16.

Jahrhundert, namentlich aber seit 1648, eingerissene 'Bauernlegen'. - F. E." (Anmerkung von Friedrich Engels in Marx: Das Kapital. Marx/Engels: MEW Bd. 23)

Ab 1530 gab es in England Gesetze zur Zwangsarbeit. Mit der Industrialisierung wurde diese Zwangsgesetzgebung ausgedehnt, um von den Feudalherren "freigesetzte" Bauern in die Industrie zu zwingen. Menschen wurden ihrer Rechte enteignet.

Die Eroberung Mittel- und Südamerikas ist ein einziger Raubzug. Fugger übernahm als Entschädigung für Kredite an den spanischen König und deutschen Kaiser die Silberbergwerke in den neu eroberten Gebieten. Eduardo Galeano beziffert die "Kosten" des Silberabbaus auf die Leichen von 9 Millionen Indios! Hier wurden die Menschen sogar ihres Lebens enteignet und die Länder Lateinamerikas ihrer Naturschätze enteignet. Die vielen Millionen Euro, die das geraubte Silber wert war, ermöglichte die Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus in Europa.

Ganz in diesem Sinne verlief auch der Sklavenhandel in die spanischen und englischen Kolonien Amerikas. Mit Hilfe dieses Menschenhandels und der gnadenlosen Ausbeutung bis zum Tod wurde ungeheuer viel Kapital angesammelt (akkumuliert), das mit einer Grundlage des modernen kapitalistischen Systems war.

Aber auch in der Neuzeit setzte das Kapital seinen Kurs der Enteignung der Armen gnadenlos fort. So wurden die Kolonien weiterhin ihrer natürlichen und menschlichen Ressourcen beraubt und so enteignet.

In der NS-Zeit hat sich das deutsche Kapital gewaltsam jüdisches Vermögen in vielfacher Millionenhöhe angeeignet, das in der Regel nach dem Sturz des NS-Regimes nicht zurückgegeben werden musste. Auch die Zwangsarbeit in KZs sowie von Kriegsgefangenen und Deportierten ist ein Beispiel für die Enteignung der Ärmsten zugunsten des Kapitals. Porsche ist ein Beispiel dafür wie sich das Kapital durch Enteignung und Zwangsarbeit bereicherte. Porsche hatte zu Beginn des NS-Regimes nur ein kleines Ingenieurbüro in Stuttgart-Zuffenhausen. Mit Geldern der Deutschen Arbeitsfront, die aus dem geraubten Ver-

mögen der mittlerweile verbotenen freien Gewerkschaften stammten, konnte er Ende der 30er Jahre sein Werk 1 in Stuttgart-Zuffenhausen errichten. Später forderte er für die Volkswagenwerke massiv Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge an. So nahm er von 1937 bis 1945 20,6 Millionen Reichsmark für seine "Dienstleistungen" für das NS-Regime ein. Dieses Geld diente nach 1945 als Grundstock für die Errichtung des Porschewerkes. Die ihres Lebens und ihres Lohnes enteigneten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter erhielten meist gar nichts oder nur geringfügige Entschädigungen. Diese Enteignung von Millionenvermögen wird durch das bürgerliche Gesetz legalisiert.

Auch die Inflation von 1923 und Einführung der DM 1949 waren zwei groß angelegte Enteignungsmanöver gegen das Volk. In beiden Fällen behielt das Kapital seine Produktionsstätten, Produkte, Waren usw. während die Ersparnisse, Renten usw. der breiten Massen weitgehend durch Entwertung enteignet wurden.

Enteignung heute

Auch in der BRD ist Enteignung möglich und wird in großem Stil durchgeführt, z.B. für AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen, Straßenbau, Flughafen Frankfurt, Großflughafen Berlin, Flughafen Stuttgart. Ein Beispiel ist der derzeitige Neubau der Fildermesse Stuttgart. Dafür wurde extra ein Enteignungsgesetz, das "Landesmessegesetz" geschaffen. Da trotzdem viele Bauern ihr Land nicht für das neue Messegelände verkaufen wollten, wurden sie wirtschaftlich unter Druck gesetzt, bis sie "freiwillig" verkauften. Dem Kapital ist Eigentum keineswegs heilig, wenn es nicht ihm gehört. Das gilt auch für das Volksvermögen in der DDR. Rechtlich war das ganze Vermögen Eigentum des Volkes, wenn auch das Volk unter der Herrschaft der entarteten DDR-Führung keine Mitwirkungsrechte mehr hatte. Nach der Wiedervereinigung wurde dieses Riesenvermögen schnell enteignet und dem Kapital wieder zugeführt.

Ein ganz aktuelles Beispiel ist die Rente mit 67. Man muss zwangsweise Beitrag in die Rentenversicherung einzahlen, hat damit aber keine gesicherten Ansprüche. Ständig werden durch die Herrschenden Rentenansprüche gekürzt, nur damit das Kapital weniger Arbeitgeberbeiträge für die Rentenversicherung zahlen muss. War früher z.B. die Krankenversicherung der Rentner kostenlos,

wurde dies schrittweise abgeschafft. Damit wurden die Rentner enteignet. Das gleiche gilt für die Dynamisierung der Renten, die abgeschafft und somit Rentenansprüche enteignet wurden. Ebenso wurde die Anrechnung von Ersatzzeiten für die Ausbildung dramatisch gekürzt und damit Rentenansprüche enteignet.

Weitere Beispiele sind das ALG2 durch Hartz IV sowie die permanenten Leistungskürzungen in der Krankenversicherung bei ständig erhöhten Zuzahlungen. Dies ist Enteignung! Formal zahlt man Versicherungsbeiträge und hätte damit ja eigentlich Anspruch auf eine bestimmte vertraglich festgelegte Leistung, nicht hier. Politik und Kapital enteignen ständig die Rentner, die Arbeitslosen, die Kranken...

Alles nur geklaut?

Historisch ist die Grundlage aller Klassenherrschaft Raub. Auch das moderne Kapital ist zu einem großen Teil durch Raub entstanden. Allerdings beruht das ökonomische System des Kapitalismus nicht hauptsächlich auf offenem Raub. Die ökonomische Grundlage ist die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft und zwar in der Regel zu ihrem Marktwert. Die Ware Arbeitskraft erzeugt mehr Wert als sie selbst Wert hat. Formal ist das kein Raub, real ist es natürlich auch Raub, den man nur nicht so offensichtlich erkennen kann. Egal ob offen oder verdeckt, das Kapital existiert nur durch Bereicherung auf Kosten der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft.

Gibt es keine Alternative zum Kapitalismus?

Der "Stern", 6.4.06, schreibt in seiner aktuellen Serie über den Kapitalismus:

"Eine echte Alternative zum Kapitalismus ist weder in Sicht noch wirklich wünschenswert. Doch wie er gestaltet werden soll, ist eine Frage, welche die Menschen zu entscheiden haben, die in ihm leben."

Eine Begründung, warum es keine echte Alternative geben soll, gibt der Stern natürlich nicht. Er möchte die Menschen auf die "Gestaltung" des Kapitalismus beschränken. Er möchte lieber, dass man am räuberischen, kapitalistischen System rummurmelt.

Doch am Ende schreibt er vorsichtig:

"Man sollte da nicht voreilig sein. Aus der Gesc-

hichte lässt sich nur eine sichere Lehre ziehen: Nichts bleibt, wie es war.”

Stimmt! Nachdem sie Sklavenhaltergesellschaft untergegangen ist und der Feudalismus revolutionäre gestürzt wurde, hört die menschliche Geschichte nicht auf. Auch das kapitalistische Gesellschaftssystem wird verschwinden. Die Menschheit wird sich weiter entwickeln.

Denn mit seiner Räuberei bedroht das Kapital die gesamte Menschheit

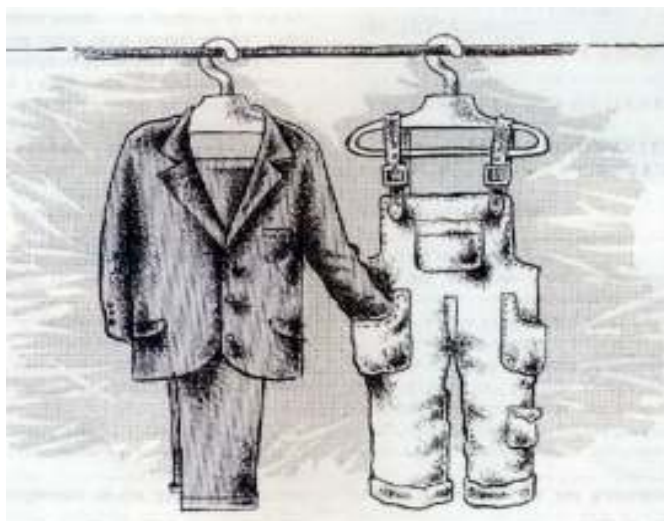
Das Kapital kennt keinen Spaß, wenn es um seine Interessen geht. Kriege wie Irak, wo Menschenleben für die Beherrschung der Ölvorräte geopfert werden, zeigen dies deutlich. In seinem Streben nach Profit kennt der Kapitalismus keine Grenzen. Er vernichtet die Umwelt. Er erhöht seine Profite mit rücksichtsloser Kinderarbeit und mit der Sklaverei ähnlichen Zuständen in vielen Ländern der Erde wie z.B. in China. China ist nicht umsonst Favorit der europäischen Topmanager als Wirtschaftstandort (siehe dazu “Unternehmerparadies China: Schuften bis zum Tod” unter: <http://www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/96>.

“Kapital, sagt der Quarterly Reviewer, flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.” (T. J. Dunning, l.c. p. 35, 36.) [Zitiert als Anmerkung von Marx in: Das Kapital; MEW Bd. 23]

Dass dies keine leeren Worte sind, zeigen die zahlreichen in diesem Artikel angeführten Beispiele, wo das Kapital für seinen Profit bedenkenlos bis heute Menschenleben opfert. Aber auch um seine Herrschaft zu sichern, schreckt es nicht vor Mord zurück. So geschah es in der Novemberrevolution 1918 in Deutschland, als neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zahlreiche Menschen umgebracht wurden, um die Herrschaft des Kapitals aufrecht zu erhalten. Auch die Herrschaft des Faschismus diente dem Erhalt des Kapitals gegen die

erstarrende revolutionäre Bewegung. Zehntausende Kommunisten und Gegner des NS-Regimes kamen in KZs. Viele von ihnen wurden umgebracht.

Wenn das Kapital gegen Enteignung wettet, dann ist das reine Demagogie und eigenes Klasseninteresse. Das Kapital beherrscht durch seine Reichtümer die Welt. Wenn es das Privateigentum heilig spricht, dann spricht es seine eigene räuberische Herrschaft heilig. Hingegen kennt es keinerlei Hemmungen, Menschen zu enteignen und auch ihres Lebens zu enteignen, um seinen Profit zu mehren und seine Herrschaft zu erhalten. Die Befreiung der Welt vom Kapitalismus, die Enteignung des Kapitals ist daher ein großer Fortschritt und eine riesige Erleichterung für die große Masse der Menschen auf diesem Erdball. Die Enteignung des Kapitals ist eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung einer neuen, menschlicheren Gesellschaftsordnung. Mit der Enteignung des Kapitals wird die Enteignung der Arbeiter, Angestellten, Rentner, Jugendlichen, der Familien usw. beendet sein. Dann werden endlich die gesellschaftlichen Reichtümer auch von der gewaltigen Mehrheit der Gesellschaft beherrscht und zu ihrem Nutzen eingesetzt werden können. Die Arbeiterklasse wird dann die gesellschaftliche Produktion eigenverantwortlich leiten müssen. Die raschen Veränderungen in der kapitalistischen Produktion mit ihren immer höheren Anforderungen schaffen dafür teilweise die Voraussetzungen. Entscheidend ist jedoch, dass die Arbeiterklasse auch politisch bewußt ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt. Nur so kann sie das Kapital enteignen, ihm seine Macht entreißen und dauerhaft eine andere, sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen.



ZUR LAGE DER ANGESTELLTEN

Die Zahl der Angestellten und ihr Anteil an der werktätigen Bevölkerung haben in den letzten hundert Jahren beständig zugenommen. Innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen ergibt das folgendes Bild: Der Anteil der Arbeiter sinkt beständig, während der Anteil der Angestellten beständig steigt.

Folgt aus dem relativen Wachstum der Angestellten gegenüber den Arbeitern, dass die gesellschaftliche Bedeutung des Proletariats abnimmt, während der "neue Mittelstand" an Bedeutung gewinnt, dass wir uns also auf dem Weg zu einer "Mittelstandsgesellschaft" befinden?

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Angestellten bilden nämlich überhaupt keine einheitliche Schicht und schon gar keine "neue Mittelschicht".

Zunächst ist hervorzuheben, dass der Begriff "Angestellter" kein Klassenbegriff ist. Er reicht vom Direktor bis zur Stenotypistin, die im Großraumbüro nach Diktiergerät im Akkord Texte abtippt. Was den Direktor betrifft, so liegt eine der plattesten, aber nichtsdestoweniger häufig anzutreffende Marxismus-Widerlegung in der Behauptung, dass im Zeitalter der Aktiengesellschaft diejenigen Menschen, die letztlich über die Produktionsmittel verfügen, selbst nur "lohnabhängige Angestellte" sind.

Es liegt indessen auf der Hand, dass Manager (mit Millionen-Boni), höchste Angestellte und Beamte zur mittleren Bourgeoisie zählen, soweit sie nicht als unmittelbare Führungsspitzen direkt zur Monopolbourgeoisie gehören.

Die Schicht der Angestellten entstand historisch als Gruppe kommerzieller Lohnarbeiter, die als Buchhalter, Schreiber usw. in den Kontoren der Handelskapitalisten tätig waren.

Wie die unbezahlte Arbeit des Arbeiters dem produktiven Kapital direkt Mehrwert schafft, die unbezahlte Arbeit der kommerziellen Lohnarbeiter dem Handelskapital einen **Anteil an jenem Mehrwert**.

Marx hat nachgewiesen, dass die kaufmännischen Angestellten, auch wenn sie weder Wert noch Mehrwert schaffen, vom Handelskapitalisten ausgebeutet werden, dass ihre Arbeitskraft von seinem variablen (veränderlichen) Kapital gekauft wird und dass ihre unbezahlte Arbeit Quelle seines Profits ist.

Somit liegt der Schluss nahe, dass die Handelsangestellten zum Proletariat gehören.

Tatsächlich gehören aber nicht alle kaufmännischen Angestellten zum Proletariat. Vielmehr ist ein Teil zum

Kleinbürgertum zu rechnen, da er sich in vielerlei Hinsicht vom Proletariat unterscheidet: z.B. durch höhere Einkommen oder sonstige Privilegien.

Zur Veränderung der gesellschaftliche Stellung der Angestellten

Der Fortschritt der Arbeitsteilung führte zur Ausgliederung einer Reihe von Werkträgern aus dem Produktionsprozess, die nun ausschließlich im Zirkulationsprozess beschäftigt wurden. Außerdem führte die wachsende Konzentration und Zentralisation des Kapitals dazu, dass mehr Kosten auf Leitung, Planung, Verwaltung usw. verausgabt werden mussten; die kaufmännischen und administrativen Tätigkeiten nahmen also zu und damit auch die Zahl der Angestellten. Trotz der gewaltigen Veränderungen, die die soziale Stellung der Masse der Angestellten in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, verbleiben gewisse Besonderheiten, durch die sich ihre Arbeitsbedingungen von denen der Arbeiter unterscheiden.

Teils handelt es sich um echte Privilegien gegenüber dem Industrieproletariat. So kann es bei oberflächlicher Betrachtung etwa als Privileg erscheinen, wenn ein Angestellter bei der Arbeit saubere Kleidung trägt. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass das Tragen eines Anzuges lästiger Zwang ist, der zudem kostspielig ist. Die Bourgeoisie ist stets bestrebt, solche Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten zur Spaltung auszunutzen und bei den Angestellten den Eindruck entstehen zu lassen, sie seien etwas Besseres.

Grundsätzlich kann man diejenigen Angestellten, die die Chance zum Aufstieg in eine wesentlich bessere Position haben nicht zum Proletariat rechnen. Sie haben ebenso wie der Kleineigentümer ein persönliches ökonomisches Interesse an den Ergebnissen ihrer Arbeit, wodurch sie sich vom Proletariat unterscheiden.

Spielt die Frage, ob ein Werkträger Mehrwert schafft, bei der klassenmäßigen Zuordnung eine Rolle?

Die Auffassung, dass die Angestellten nicht zum eigentlichen Proletariat gehören, sondern als eine außerhalb des eigentlichen Proletariats stehende Schicht ist nicht korrekt.

Gewiss, im Gegensatz zum industriellen Proletariat

erzeugt ein Angestellter keinen Mehrwert. Daraus folgt aber keineswegs, dass die Angestellten insgesamt eine außerhalb des Proletariats liegende Schicht bildet. So besteht etwa auch ein Unterschied zwischen den Landarbeitern und dem Industrieproletariat, und dennoch gehören die Landarbeiter zum Gesamtproletariat.

Nach Marx` Hinweis, besteht zwischen einem kommerziellen Lohnarbeiter und dem Industrieproletariat derselbe Unterschied wie zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital. Schließlich ist es auch unsinnig zu behaupten, dass der Handelskapitalist nicht zur Kapitalistenklasse gehört.

Betrachten wir etwa die Tätigkeit einer Angestellten an der Registrierkasse in einem Supermarkt. Ihre Arbeitsbedingungen gleichen den Anforderungen harter Fabrikarbeit. Jedoch produzieren diese Angestellten, da sie in der Zirkulationssphäre tätig sind, keine Werte. Muss man sie also zum Kleinbürgertum zählen, obwohl ihre Arbeits- und Lebensbedingungen weitgehend angeglichen sind?

Bei der klassenmäßigen Zuordnung der Angestellten können wir also nicht davon ausgehen, ob sie Werte und Mehrwert schaffen, sondern nur davon, ob und in welchem Ausmaß sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen denen des Industrieproletariats angenähert haben.

Wenn man die Frage der Schaffung von Mehrwert bei der Klassenanalyse irgendeine Bedeutung zumisst, dann kommt man unweigerlich zu den absurdesten Schlussfolgerungen: Führt etwa ein Lokomotivführer an einem Tag einen Güterzug, am nächsten Tag einen Personenzug, dann müsste man ihn am ersten Tag zum Proletariat zählen, da seine Arbeit den Waren beim Transport Wert zusetzt, am zweiten Tag aber zum Kleinbürgertum, da seine Arbeit als Dienstleistung keine Werte schafft.

Die technischen Angestellten

Die wissenschaftlich-technische Revolution führt auch zum weiteren Anwachsen der in technischen Berufen beschäftigten Angestellten.

Die Revisionisten verschiedener Spielart behaupten, dass die wissenschaftlich-technische Intelligenz ganz oder teilweise zum Proletariat gehört.

Die revisionistischen Parteien haben gute Gründe, einen möglichst großen Teil der Intelligenz zum Proletariat zu zählen, stellen die Intellektuellen doch zusammen mit der Arbeiteraristokratie die soziale Hauptstütze dieser Parteien dar. Jedoch hat diese Zuordnung mit den Marxismus Leninismus nichts gemein.

Die eigentliche Aufgabe des technischen und Ingenieurpersonals besteht in Leitungs- und Organisations-tätigkeit. Natürlich leisten sie unbezahlte Mehrarbeit und werden vom Kapitalisten ausgebeutet; gleichzeitig sind sie aber Stellvertreter des Kapitalisten bei der Leitung der Produktion. Die Aufgabe des Ingenieurs ist es vor allem, Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu finden. Daher stehen sie von ihrer Stellung in der Produktion her im Widerspruch zur Arbeiterklasse und dienen dem Kapital.

Natürlich heißt das jetzt nicht, dass jeder Ingenieur ein erbitterter Feind der Arbeiterklasse wäre.

Wenn wir betonen, dass die wissenschaftlich-technische Intelligenz nicht zur Arbeiterklasse gehört, dann sprechen wir hier nicht von den Technikern, die direkt produzieren und nicht an Leitungs- und Organisations-tätigkeiten beteiligt sind.

Die Masse der werktätigen Angestellten für den Kampf an der Seite des Industrieproletariats gewinnen

Die Analyse von Marx und Engels, wonach sich die bürgerliche Gesellschaft immer mehr in zwei feindliche Klassen aufspaltet, hat sich vollauf bestätigt. Das Anwachsen der Angestellten bedeutet keineswegs ein Anwachsen des Mittelstandes; vielmehr wächst innerhalb der Angestelltenschaft beständig der Teil, der zum Proletariat zählt.

So ist der überwiegende Teil der Schreibkräfte heute zum Proletariat zu zählen; dazu kommen die große Zahl der Verkäufer, sowie ein Teil der Werktätigen in den Banken und Versicherungen. Selbst ein geringer Teil der Beamten gehört zum Proletariat; der Umstand, daß Post und Bahn staatliche Betriebe sind, führt dazu, daß einige in diesen Betrieben beschäftigte Arbeiter den Status eines Beamten haben.

Ein großer Teil der Angestellten gehört zum Proletariat, und ein großer Teil zum unteren Kleinbürgertum, dem engsten Bündnispartner des Proletariats, während die breite Masse der Angestellten früher eine soziale Stütze der Bourgeoisie war. Die gesellschaftliche Entwicklung hat also zu klassenmäßigen Verschiebungen innerhalb der Angestelltenschaft geführt, die die Kampfposition der Arbeiterklasse gestärkt haben.

Für die Kommunisten ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, der Arbeit unter den Angestellten große Aufmerksamkeit zu schenken und darauf hinzuwirken, dass die Masse der werktätigen Angestellten in der proletarischen Revolution an der Seite des Industrie-proletariats stehen wird.

Auszüge: Zusammen kämpfen



Der Aktionsmonat zum 85. Jahrestag der Gründung des Roten Frontkämpferbundes in Magdeburg

Mit dem Film "Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt" wurde der Aktionsmonat am 7. Oktober eröffnet. Rund 15 BesucherInnen besuchten den ersten proletarischen Film der KPD und bekamen dabei Einblicke über das selbstorganisierte Leben in dem Wohnprojekt Kuhle Wampe. Des Weiteren gab der Film Einblicke über die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zu Zeiten der Weimarer Republik. Eine Vielzahl von Menschen hatte kaum etwas zu Essen, Arbeit, geschweige denn geeigneten Wohnraum. Der Film gab Aufschluss über die Selbstorganisation der proletarischen Jugend und der ArbeiterInnen.

Die erste Veranstaltung zur Entstehung und geschichtlichen Entwicklung des RFB folgte am Freitag den 9. Oktober, es kamen rund 30 BesucherInnen. Diese diente uns gleichzeitig als Eröffnung der Ausstellung zum Roten Frontkämpferbund mit historischen Exponaten.

Die Ausstellung gab noch weitere Einblicke in die kommunistische Bewegung dieser Zeit. Eröffnet wurde die Ausstellung am Freitag dem 09. Oktober. Zu sehen waren viele Bilder, einige Broschüren zu den jeweiligen Reichstreffen des RFB und RFB-Abteilungen und Abzeichen, Anstecker und Nadeln. Weiterhin wurde noch eine "Hamburger Volkszeitung" und drei Ausgaben der "Roten Fahne" ausgestellt. Die Ausstellung ging bis zum 11. Oktober.

Die zweite Informationsveranstaltung am 23. Oktober zum RFB in Magdeburg mit dem Schwerpunkt: "Was können wir für unsere antifaschistische Selbstschutzpraxis vom RFB lernen?" wurde ebenfalls von ca. 30 Personen besucht. Zu Beginn wurde ein kurzer historischer Einstieg gegeben und über die damals vorherrschende Situation berichtet. Die sich entwickelten Arbeitskämpfe, die Verschärfung des Ausbeutungsverhältnisses in den Betrieben und die zunehmende faschistische Reaktion führten auch in Magdeburg zur Gründung des RFB's.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde der Aufbau des RFBs in Magdeburg sowie die Organisationsstruktur und Entwicklung der Mitgliederzahlen beleuchtet. Die Aufgaben des RFBs in Magdeburg bestanden u.a. in Agitationsarbeit, Organisation und Schutz von Demos und Kundgebungen. Daraufhin wurden weitere Betätigungsfelder des RFB, wie der Kampf gegen Kapitalismus und Militarisation zusammen mit der KPD, abgehandelt. Mit dem Verbot am 3. Mai 1929 wurde auf die Aufnahme der illegalen Arbeit und die Fortführung des antifaschistischen Kampfes eingegangen. Aus dem verbotenen RFB entwickelte sich der "Kampfbund gegen den Faschismus" und daraufhin die "Antifaschistische Aktion". Am Ende der Veranstaltung kam es zu einer Diskussion über die Notwendigkeit von antifaschistischen Selbstschutzstrukturen.

Nach der letzten Infoveranstaltung wurde mit einer Party, auf der zwei Liedermacher historische ArbeiterInnenlieder spielten und DJ Taip auflegte, der Aktionsmonat abgerundet.

Nach dem Aktionsmonat zum Roten Frontkämpferbund lässt sich sagen, dass alle Veranstaltungen und die Ausstellung gut besucht wurden. Unsere eigene Geschichte wurde beleuchtet und das Geschichtsbewusstsein bei allen Besuchern gestärkt. In diesem Zusammenhang wurde zudem die Notwendigkeit einer Antifaschistischen Selbstschutzpraxis aufgezeigt und den Besuchern vermittelt.

Zusammen kämpfen (ZK) ist ein Linkes Bündnis in Magdeburg:

"Autonomen Antifa Magdeburg", "Gruppe Internationale Solidarität", Frauengruppe und der Offenen Antifa.

DKP (Sachsen-Anhalt), KPD (Sachsen-Anhalt) und KPD/ML.

Postadresse:

Soziales Zentrum c/o Zusammen Kämpfen
Alexander-Puschkin-Straße 20
39108 Magdeburg
<http://zusammenkaempfen.bplaced.net>

Korrespondenz:

Iran: Die Farbe der Opposition ist rot...



erreichen. Ihr Protest wurde vom islamischen Regime brutal zusammengeschlagen, es kam zu zahlreichen Morden und Verhaftungen. Seitdem wird der 4. November als "Tag der Schüler" begangen. Das islamische Regime im Iran versucht, vom Wesen dieses Tages abzulenken, indem es ihn zum "Tag der Besetzung der US-Botschaft" degradiert - das Regime wird hierbei von den Medien der kapitalistischen Länder unterstützt.

Leider waren in Köln nur wenige Deutsche zu der Kundgebung gekommen, um ihre Solidarität zu bekunden. Auf Transparenten und in mehreren Redebeiträgen wurde der damaligen und heutigen Opfer des klerikal-faschistischen Regimes gedacht und das iranische Terror-Regime verurteilt. "Frauenrecht ist Menschenrecht!" war eine der immer wieder gerufenen Parolen. Die Kundgebungsteilnehmer forderten die Abschaffung der Todesstrafe im Iran, die sie als politischen Mord bezeichneten. Die Abschaffung der Folter wurde gefordert und die Freilassung aller inhaftierten politischen Gefangenen. Die Islamische Regierung wurde gleichgesetzt mit Elend, Armut und Ausbeutung. Unser iranischer Genosse wurde von den Veranstaltern gebeten, auch einen Redebeitrag zu leisten, was er auch tat.

Köln, 4. November 2009:

Weitgehend unbeachtet von den bürgerlichen Medien - die haben ja nur Augen und Ohren für die "grüne Revolution" - gedachten etwa hundert Menschen verschiedener iranischer Gruppen mit einer Kundgebung in Köln der Opfer der Schüler- und Studentenunruhen im Iran im Jahr 1979. In Teheran und anderen Städten waren damals zahlreiche Schüler und Studenten auf die Straße gegangen, um eine bessere Schulpolitik zu



www.kpd-info.de/rmprint/1159

Der Putsch in Honduras und der Klassenkampf in Lateinamerika

„Nur die weltweite Einheit der Arbeiterklasse wird das faschistische Experiment in Honduras stoppen“ (Nationale Front gegen den Putsch)

Am 29. und 30. Juni 2009 wachten zum ersten Mal seit Jahrzehnten grössere Teile der Arbeiterklasse des mittelamerikanischen Landes Honduras auf und demonstrierten zu Zehntausenden tagelang auf den Strassen der Hauptstadt Tegucigalpa: Hunderte schwer bewaffnete Soldaten hatten Präsident Manuel Zelaya („Mel“) in der Nacht vom 28. Juni aus dem Präsidentenpalast im Zentrum der Hauptstadt entführt und ins 500km südlich gelegene Costa Rica ausgeflogen. Roberto Micheletti liess sich als neuer Präsident feiern. Seitdem hat sich der Widerstand gegen den Putsch auf das ganze Land ausgebreitet und ausser der Arbeiterklasse die Kleinbauernschaft und die Studierenden erfasst.

Zelaya: Vom Schosshündchen des deutschen Imperialismus...

Was war geschehen? Vor einigen Jahren war Zelaya noch genehmes Schosshuendchen des deutschen und des US-Imperialismus gewesen. Letztere hatten ihm zum Sieg bei den Praesidentschaftswahlen vom Januar 2006 verholfen, bei denen er für die Honduranische Liberale Partei (PLH) angetreten war. Mitglied derselben Partei ist auch Putschpräsident Roberto Micheletti, der bis zu dem Putsch lediglich das Regierungspöstchen des Parlamentspraesidenten besass. Zelaya war unter anderem bei seinem Wahlkampf von der Parteistiftung der FDP beraten worden, die zu der PLH enge Beziehungen unterhält. Die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) hatte „Mel“, nach seinen eigenen Angaben, durch ihre „Strategieberatung“ den Sieg bei den Wahlen ermöglicht. Von den insgesamt 62 Angehörigen der PLH-Regierungsfraktion im honduranischen Parlament haben laut Angaben der deutschen Stiftung 39 (neun- und dreissig!) „Stiftungsseminare absolviert“. Der Ausspruch der FNS selbst trifft es wahrscheinlich ganz gut, wonach es eine „39-köpfige Naumann-Fraktion“ im honduranischen Parlament gebe. Ausserdem hat die deutsche Stiftung nach eigenen Angaben 60 der 165 honduranischen Buergermeister „ausgebildet“, ausserdem vier der Zelaya-Minister und vier der Stellvertreter, sowie acht Vorsitzende von Staatsbehoerden. Diese Angaben

dienen als kleine Illustration der Kontrolle des honduranischen Staates durch den Weltimperialismus - hier mit den deutschen und den US-Imperialisten an der Spitze. Sie sind nur die „Spitze des Eisbergs“.

Klassenkampf in Lateinamerika. „Patriotische“ und „gekaufte“ Ausbeuter

Zelaya reihte sich damit zunächst ein in die hässliche Folge der vom ausländischen Imperialismus gekauften honduranischen Praäsidenten, deren Geschaeft in ebendem besteht, was für die herrschenden Ausbeuterklassen in den unterdrückten Ländern der ganzen Welt schlechthin und besonders in Lateinamerika oft kennzeichnend ist: Die vollstaendige oekonomische und militaerische Prostitution „ihrer“ Länder für den Weltimperialismus – im Tausch für ein paar „Happen“ (meist zig Millionen Dollar, entnommen aus der Staatskasse), mit denen sich diese Vertreter der nationalen Kapitalisten- und Grossgrundbesitzerklassen ein „schönes Leben“ zu machen und zufrieden zu geben haben.

Teile der nationalen Bourgeoisie der Staaten Lateinamerikas haben allerdings in den letzten Jahren vielerorts entschieden gegen diese Rolle aufbegehrt und den Kampf gegen ihr Dasein als Schosshündchen des Imperialismus begonnen. Das können sie aber in keinem Land anders als vermitteltst des Bündnisses mit der ökonomisch mächtigsten Klasse - dem Proletariat - mit dem sie überdies eine Reihe von gemeinsamen Interessen haben. Die werktätigen Klassen Lateinamerikas begehren seit jeher auf gegen die unmittelbare Versklavung durch die „alten“ Kolonialherren und gegen die ökonomische Versklavung durch den Weltimperialismus, gegen rücksichtsloseste Ausbeutung ihrer Lebenskraft, ihrer natürlichen Ressourcen, gegen die Zerstörung und Kolonisierung ihrer nationalen Wirtschaften und die kulturelle Knechtung und Verdummung durch die „neuen“ Kolonialherren mit den USA an der Spitze. In diesen Kämpfen ist die Arbeiterklasse die fortschrittlichste Kraft. Das in ganz Lateinamerika zahlenmaessig sehr starke Kleinbürgertum (vor allem Kleinbauern und kleine Händler) steht oft zu grossen Teilen auf der Seite der Arbeiterklasse, weil es erkennt, dass es in der Arbeiterklasse den natürlichen Vertreter seiner Interessen hat, einen meist ebenso besser organi-

sierten wie kämpferischen Verbündeten.

Eine gewissermassen "patriotische", antiimperialistische Fraktion der Bourgeoisie ist also in Lateinamerika in mehreren Staaten in offenen Widerspruch getreten zu den Interessen des Weltimperialismus und der vom Imperialismus "gekauften" Teile der nationalen Ausbeuterklassen.

Von dieser "patriotischen", besser gesagt: nationalen Bourgeoisie gefuehrte und von grossen Teilen der Arbeiterklasse und der armen Bauern unterstuetzte Regierungen sind im letzten Jahrzehnt in Venezuela und Bolivien an die Macht gekommen, in Ecuador und Nicaragua gibt es teilweise aehnliche Entwicklungen (dabei ist Ortegas Politik in Nicaragua die wohl fadenscheinigste). Gemeinsame Interessen von Arbeitern und nationaler Bourgeoisie gibt es bei der Entwicklung einer nationalen Ökonomie, die Fortschritte auf dem Gebiet der Bildung und der Kultur voraussetzt und meistens erst ermöglicht. Dabei haben alle drei - Arbeiterklasse, Kleinbauern und nationale Bourgeoisie - gegen die Imperialisten zu kämpfen und gegen diejenigen "gekauften" Teile der nationalen Ausbeuterklassen, die dem Imperialismus nach wie vor treu ergeben sind und denen oft der Grossteil der Grossgrundbesitzer und auch Teile des Militärapparats angehören. In diesem Zusammenhang sind die Massnahmen der Werktätigen zu sehen, ohne die sich weder Chavez in Venezuela noch Morales in Bolivien gegen den andauernden Ansturm des Imperialismus (mit der gekauften nationalen Reaktion im Gefolge) hätten halten können. Sowohl der Putschversuch 2002 in Venezuela, als auch die Sturz- und Sezessionsbestrebungen der bolivianischen Reaktion werden von den US-Geheimdiensten im Bündnis mit faschistischen Gruppen und - der deutschen Naumann-Stiftung der FDP vorangetrieben.

Ende 2004 hatten Venezuela und Kuba ein Bündnis unter dem Namen "Bolivarische Alternative für die Völker unserer Amerika" (ALBA) geschlossen und damit einen seitdem beschleunigten Prozess des Bruchs mit dem Weltimperialismus - mit den USA an der Spitze - begonnen. Diesem Ziel dienen, mehr oder weniger ausgepraegt, auch andere Initiativen wie z.B. das lateinamerikanische Erdölabkommen "Petrocaribe" aus dem Jahr 2005 und die Gruendung der südamerikanische Entwicklungsbank "Bank des Südens" aus dem Jahr 2007. Es handelt sich um einen Prozess der antiimperialistischen Annäherung lateinamerikanischer Staaten, die sich in erster Linie gegenseitig bei der kapitalistischen Entwicklung einer nationalen In-

dustrie und Infrastruktur helfen und auf das Wachstum des Handels innerhalb Lateinamerikas hinwirken. Beides widerspricht direkt den Interessen des Imperialismus, der die Maerkte der lateinamerikanischen Staaten für sich erobern will (und das in der Vergangenheit auch beinahe uneingeschraenkt erfolgreich getan hat) und der durch den immensen Kapitaleexport, durch "Entwicklungshilfe" usw. planmaessig an der Zerstörung der jeweiligen nationalen Industrien der unterdrueckten Laender arbeitet.

Der ALBA haben sich seit ihrer Gründung Bolivien (April 2006), Nicaragua (März 2007), einige kleinere Karibikstaaten und zuletzt Ecuador (Juni 2009) angeschlossen. Zweieinhalb Jahre nach der Wahl Zelayas, also bereits im August 2008, trat Honduras der ALBA bei. Die uneingeschränkte Herrschaft des Weltimperialismus mit den USA an der Spitze über "seinen Hinterhof" Lateinamerika ist durch die Massnahmen der lateinamerikanischen Arbeiter und Bauern, die zu grossen Teilen von der nationalen Bourgeoisie für ihre Zwecke ausgenutzt und viel zu oft noch gelenkt werden, deutlich ins Wanken gebracht worden. Dieser "patriotische" Teil der Bourgeoisie träumt letztlich natürlich davon, eines Tages einmal ganz so ein "feiner" Kapitalist sein zu können, wie es die USA und die deutschen Kapitalisten sind, eines Tages selbst die Herrschaft über andere Nationen und ökonomisches Potential in die Waagschale werfen zu können, um mit den USA, den deutschen Imperialisten usw. "auf Augenhöhe" verhandeln zu können - sonst würde es sich nicht um Kapitalisten handeln. Sie träumen davon, eines Tages selbst die "fetten Brocken" des Imperialismus zu bekommen. Sie wollen sich also nicht länger mit "kleinen Happen" zufrieden geben.

...zum antiimperialistischen "Rebellen".

Aehnlich wird es Zelaya gegangen sein, als er - mit seiner Rolle als Schosshündchen unzufrieden - entschied, es sich mit dem Imperialismus zu verscherzen, in die ALBA und das Petrocaribe-Erdölabkommen einzutreten und direkte Schritte gegen US-Erdölkonzerne zu unternehmen. Um ausserdem sein Verbindung mit den Werktaetigen zu festigen, um ein Bündnis mit ihnen herzustellen, indem er dem wachsenden Klassenkampf teilweise nachgab, erliess er ein neues Mindestlohngesetz und die Erhöhung der Gehälter der kleinen Staatsbediensteten (gerade in Lateinamerika bleiben solche Dekrete allerdings in der Regel toter Buchstabe, solange nicht für ihre Umsetzung gekämpft

wird), führte eine allgemeine Schulspeisung ein (wie zuvor Ortega in Nicaragua und Chavez in Venezuela), dekretierte den kostenlosen Zugang zur Schulbildung (wozu bislang mit Sicherheit die materiellen Bedingungen wie z.B. Gebäude und Lehrer grösstenteils fehlen) und beschloss einige Vergünstigungen für Kleinbauern. Ausserdem arbeitete er an einer grösseren "Bürgerbeteiligung" und wollte die Einberufung einer Nationalversammlung zur Änderung der 1982 unter der damaligen Militärjunta angefertigten Verfassung erwirken. Die verfassungsgebende Versammlung (begleitet von grossen Kampagnen gegen den Imperialismus und "für den Sozialismus Simón Bolívars") ist ein von Venezuela, Bolivien und Ecuador ebenfalls angewandtes Mittel, um die klassenkämpferische Initiative der Arbeiter und Bauern in bürgerlich-parlamentarische Bahnen zu lenken und so den Rückhalt der bürgerlichen Regierung im Volk herzustellen und zu stärken.

Der Putsch

...da hat es nicht lang gedauert und Zelayas - eben noch treue Parteigänger der PLH - opponierten in verschiedenen Staatsbehoerden im März offen gegen ihn, die deutsche Naumann-Stiftung beriet in den Tagen des Umsturzes lieber die Putschisten (wie sie auch in Bolivien und Venezuela die faschistischen Putschisten berät), der oberste Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft befanden Zelayas Plaene zur Volksbefragung ueber die Moeglichkeit einer spaeteren Abstimmung ueber die Einberufung einer verfassungsgebenden Vesammlung (die dann also erst in einem zweiten Schritt erfolgen sollte - so zahm!), am 24. Juni für "illegal", der US-Geheimdienst und die US-Botschaft in Honduras regten sich in den Tagen vor dem Putsch geschaeftig, das US-Militär machte seinen grossen Stützpunkt "Palmerola" in Honduras bereit für die Entführung des Praesidenten und das honduranische Militär führte den Putsch am 28. Juni aus.

Am selben Tag feierte sich Putschpraesident Micheletti als Behüter der Verfassung und wusste die katholische Kirche, die evangelikalen Sekten, die FDP, die FAZ und die übrigen reaktionärsten Teile des Weltimperialismus und der nationalen honduranischen Ausbeuterklassen auf seiner Seite. Und waehrend die UNO, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die EU und die USA bis zur Stunde in Worten (und nur in Worten!) den

Putsch als "undemokratisch" verurteilen, war Israel gleich zur Stelle und erkannte gemaess dem Charakter seiner eigenen Regierung als erster und bislang einziger Staat die neue honduranische Putschregierung an.

Seit dem Putsch: Der Klassenkampf von unten entwickelt sich beschleunigt.

Seit dem 28. Juni gibt es täglich Grossdemonstrationen in Tegucigalpa, die sich mittlerweile auf alle 18 Departamentos des Landes ausgeweitet haben. In brennenden Strassenblockaden im ganzen Land, bei Besetzungen von öffentlichen Gebäuden (wie zuletzt bei der Besetzung des Nationalen Landwirtschaftsinstituts durch Kleinbauern), durch Streiks und durch die Sperrung von Grenzen zu den Nachbarlaendern als ökonomische Druckmittel gegen die Putschisten, durch politische Grosskonzerte in der Hauptstadt mit teilweise mehr als 50.000 Teilnehmern, usw. usf. schulen sich die honduranischen Arbeiter, Bauern und Studierenden im Klassenkampf und treiben den Aufstand vorwaerts. Der Flächenbrand wird in erster Linie von den Gewerkschaften geschürt, die von der Lehrgewerkschaft als ihrem aktivsten Teil vorwaertsgetrieben werden (letzteres ist fuer Mittelamerika nicht ganz ungewoehnlich).



Die drei Dachverbände der Gewerkschaften haben mindestens zwei zweitägige Generalstreiks Ende Juli organisiert und gehören zu den Initiatoren der "Nationalen Front gegen den Putsch" (FNGE), der nach eigenen Angaben "Arbeiter-, Bauern und Volksorganisationen, linke Parteien und Bewegungen" angehören. Nach bolivianischen Vorbild hat die FNGE bereits mehrere Sternmärsche mit tausenden Teilnehmern aus allen Teilen des Landes in die zentral gelegene Hauptstadt organisiert. Der letzte fand am 4. September statt, der nächste ist für den 11. September geplant. Die FNGE beschränkt sich dabei nicht allein auf den Sturz der Putschregierung und die Wiedereinsetzung Zelayas. In einem Apell "an die Arbeiterklasse der Welt" kündigt die FNGE vielmehr an, "zu jedem nötigen Mittel (zu) greifen, um das Unterdrückerregime loszuwerden und eine neue Gesellschaft zu erreichen."

Dass der honduranischen Arbeiterklasse allerdings noch schwere Kaempfe bevorstehen, um der na-

tionalen Bourgeoisie das Heft zu entwenden und, gemeinsam mit der armen Bauernschaft, selbst in die Hand zu nehmen, ist in den Verlautbarungen der FNGE nicht zu übersehen. Das einzige mögliche Mittel, um die Bourgeoisie von der Macht zu vertreiben, besteht für die honduranische Arbeiterklasse darin, im Bündnis mit der armen Bauernschaft den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und einen Rätestaat zu errichten. In verbaler Anlehnung an die antiimperialistischen Regime in Venezuela, Bolivien und Ecuador und ihre klassenversöhnlerische Rhetorik fordert Juan Barahona, Gewerkschaftsvorsitzender und Koordinator der FNGE, allerdings nichts Tief- und Weitergehendes als eine Versammlung zur Beschliessung einer neuen Verfassung mit "Mitmach-Demokratie" (democracia participativa) und "sozialer Veränderung".

Seit dem Putsch: Der staatliche Gewaltapparat mordet und terrorisiert

Die Micheletti-Leute greifen seit dem 28. Juni zu den Mitteln des Staatsterrors, um den Volkswiderstand zu ersticken und so die Herrschaft des Imperialismus und ihrer Clique zu behaupten. Mit Ausgangssperren, Grenzschiessungen und Tränengas wird täglich gegen das Volk vorgegangen. Gleich in den ersten Tagen des Umsturzes wurden Gewerkschafter und andere Vertreter der Arbeiter-, Bauern- und Studierendenbewegung sowie Familienangehörige verschleppt und ermordet, wobei die Leichname "verschwinden" (desaparecidos), ganz nach der Art der vielen, vielen faschistischen Mörderbanden in der leidvollen Geschichte der lateinamerikanischen Klassenkämpfe. In allen Teilen des Landes kommt es seit dem Putsch zu politischen Morden, Entführungen, Überfällen, zu Vergewaltigungen, Schüssen auf Demonstrationen und Barrikaden. Die wenigen Radiostationen, Fernsehsender und Zeitungen, die nicht in der Hand der vom Imperialismus gekauften nationalen Ausbeuter sind, wurden mehrere Male geschlossen. Sie haben aber oftmals ihren Betrieb mit geheimen Sendern wieder aufnehmen können, wie z.B. in den letzten Tagen der Sender "Canal36". Die von der Micheletti-Clique kontrollierten Sender berichten derweil von den "tapferen Bemühungen der Streitkräfte" gegen die als "Terroristen" bezeichneten Demonstranten. Hunderte Teilnehmer einer Protestversammlung in der pädagogischen Universität Tegucigalpas wurden am 12. August von Michelettis Soldaten entführt, teilweise gefoltert und vergewaltigt. Die erklärermas-

sen "antikommunistische", de facto faschistische Organisation APROH wurde von den Micheletti-Leuten wiederbelebt. Micheletti plant überdies den Erlass eines Gesetzes zur Zwangsrekrutierung der armen Jugendlichen des Landes (der armen Jugendlichen, denn die Kinder der Reichen werden mit Sicherheit in der Realität nicht von diesem Dekret betroffen sein).

Zelaya taktiert. Der "Arias-Plan".

Zelaya hat seit dem Putsch vieles getan, um wieder ins Präsidentenamt zurückzukehren. Besuche bei den Staatsschefs nahezu aller lateinamerikanischen Länder waren das erste Mittel. Ein Landungsversuch auf dem vom Militär kontrollierten und von zehntausenden Demonstranten umgebenen Flughafen Toncontín im Zentrum Tegucigalpas scheiterte, als das Militär in die Menge schoss und die Demonstranten von der Landebahn fernhalten konnte. Ausserdem hatte Zelaya den mittlerweile wohl aufgegebenen Versuch gestartet, an der honduranisch-nicaraguanischen Grenze eine derart grosse Menschenmenge anzusammeln, die ihm einen Marsch in die 200km entfernte Hauptstadt ermöglicht hätte. Den ganzen Juli ueber hatte er das etwa taeglich angekuendigt. Auf der honduranischen Seite wartende Demonstranten wurden allerdings vom Militaer umzingelt und unter den unwuerdigsten Bedingungen tagelang unter freiem Himmel eingesperrt, eine Ausgangssperre im Grezgebiet wurde verhaengt.

Nach Zelayas Angaben arbeiten seine Leute am Aufbau einer Guerilla in diesem Grenzgebiet, auf nicaraguanischem Boden. Sein wahres Gesicht hat "Mel" allerdings wohl eher dadurch gezeigt, dass er dem als "Arias-Plan" oder "San-José-Abkommen" bekannten "Vermittlungsvorschlag" des hauptberuflichen US-Stiefelleckers und nebenberuflichen Präsidenten Costa Ricas, Arias, zustimmte. Das Abkommen sah neben der Rückkehr Zelayas in sein Amt unter anderem den Verzicht auf eine verfassungsgebende Versammlung und politische Amnestie für die Putschisten vor - es wurde allerdings von Michelettis Seite abgelehnt. Zelaya bekundete in diesem Zusammenhang vor der internationalen Presse, dass es ihm in erster Linie an der "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Honduras" gelegen sei. Victor Meza, Mitglied des Zelaya-Kabinetts und zuständig für Inneres und Justiz, pflichtete ihm bei und sagte, der Arias-Plan sei "das, was das Land braucht". Nur wenn dieses und andere Mittel erschöpft seien, werde man den Guerilla-Krieg suchen.

Wie geht es weiter? Die FNGE und der geplante Wahlboykott.

Währenddessen organisiert sich die Nationale Front gegen den Putsch FNGE zunehmend. Am 6. September - 71 Tage nach dem Putsch - hat sie ihren ersten landesweiten Kongress abgehalten, an dem sich hunderte Delegierte aus allen 18 Regierungsbezirken des Landes beteiligten. Auf dem Kongress wurde die Einrichtung einer nationalen Koordination bestätigt, ein Komitee für internationale Angelegenheiten gewählt, die Situation beraten, die Strategie gegenüber der Putschregierung und die über deren Sturz hinausgehenden Ziele abgestimmt und die eigene Organisationsstruktur festgeklopft. So soll in den kommenden drei Monaten ein Netz von Strukturen in der ganzen Nation entstehen, das auf Ebene der Wohngebiete, Stadtteile, Dörfer, Gemeinden, Regierungsbezirke und schliesslich auf Landesebene funktioniert. Eine derartige Organisationsform stärkt zunächst die Position der honduranischen Arbeiter und Bauern im Klassenkampf, wenn diese ein demokratisch-zentralistisches Organisationsprinzip durchsetzen können. In Nicaragua werden ähnliche, nur notdürftig demokratisch-zentralistisch geschminkte Strukturen ausgenutzt, um die Ein-Parteien-Diktatur des Ortega-Regimes in jedes Dorf, jeden Stadtteil und jedes Wohngebiet zu bringen und dienen damit mittlerweile als Verlängerung des bürgerlichen Staatsapparats.

Der Kongress arbeitete ausserdem eine Position für die am 29. November in Honduras regulär geplanten Präsidentschaftswahlen aus. Diesen Wahlen unter der Putschregierung, die Micheletti, Obama, Westerwelle und Konsorten für die Legitimierung des Putsches ausnutzen wollen, wird die FNGE ("die Wahlen wären eine Farce, keine Demokratie") mit einem aktiven Wahlboykott entgegengetreten. Die linke UD-Partei und der parteilose Carlos Reyes, der laut Gewerkschaftsführer Barahona Kandidat der "Volksbewegung" ist, haben bereits angekündigt, nicht zu den Wahlen unter Micheletti zu kandidieren.

Zum Sturz der Micheletti-Regierung und zum Boykott der Wahlen, für die verfassungsgebende Versammlung und "eine neue Gesellschaft" fordert die FNGE:

"Militante Solidarität" der weltweiten Arbeiterklasse

Ein Boykott aller Produkte, die nach Honduras gehen oder aus Honduras kommen

Solidaritäts-Demonstrationen vor den US-

und honduranischen Botschaften

Der Putsch und die Offensive der USA in Lateinamerika

Im Bündnis mit dem deutschen Staat und trotz ihres neuen, grinsenden Obama-Aushängeschildes (oder gerade deswegen) verstärken die USA ihre imperialistische Aggression gegen Lateinamerika. Um den Prozess der antiimperialistischen Annäherung zwischen den lateinamerikanischen Staaten aufzuhalten, sein "Ueberschwappen" auf andere Länder zu verlangsamen und jedem potentiell "rebellischen" Politiker Lateinamerikas zu drohen (in El Salvador droht den USA Ähnliches), wurde an der verhältnismässig schwachen Zelaya-Regierung "ein Exempel statuiert".

Der Weltimperialismus ist durch die Weltwirtschaftskrise nicht nur gezwungen, die Krise innerhalb Deutschlands, innerhalb der USA usw. auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen sondern auch dazu, seine Aggressionen auf der ganzen Welt zu verstärken. Die Widersprüche zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Staaten werden sich weiter zuspitzen, wie auch der Riss zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in den einzelnen Ländern unaufhaltsam wächst. Die Gefahr neuer Kriege, ob nun als Stellvertreterkriege oder offen geführt, wächst.

In diesem Zusammenhang muss das geplante Abkommen zwischen Kolumbien und den USA über die Nutzung von sieben kolumbianischen Militärstützpunkten durch das US-Militär gesehen werden und auch die Stationierung der mit Atomwaffen bestückten "vierten Flotte" der US-Marine vor der Küste Venezuelas im Juli 2008. In diesem Zusammenhang steht der aktuelle Putsch in Honduras. Die Imperialisten der USA und der EU werden nicht davor zurückschrecken, noch viel mehr Blut als in Honduras zu vergiessen, sie werden versuchen, Faschisten an die Macht zu bringen und notfalls den ganzen Kontinent in einen Krieg zu verwickeln, sollte sich die antiimperialistische Offensive des lateinamerikanischen Volkes stabilisieren oder ausbreiten.

Kampf dem Weltimperialismus! Kampf dem deutschen Imperialismus und seiner schmutzigen Agententätigkeit in Honduras!

Gegen die Anerkennung der Ergebnisse der honduranischen Wahlen unter Micheletti!

Solidarität mit dem Befreiungskampf des lateinamerikanischen Volkes!

Für das Verbot der Friedrich-Naumann-Stiftung!

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-DC** kostets 5 €, jede **Doppel-DC** 8 € jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:**
- * **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
- Sozialistische Albanische Hefte** 1/2004, 2/2006, 3/2009
- Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.:**

613145200 BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

nur noch in wenigen Exemplaren:

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) Preis: 18 €



Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: 4 € incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)